

# **Es sind immer die gleichen: die, die Arbeitsplätze vernichten und das Klima killen!**

*Vernetzung für kämpferische Gewerkschaften (VKG), Aufruf von GewerkschafterInnen zur Unterstützung des globalen Klimastreiks am 29. November und der Aktionen von Ende Gelände!, Infomail 1078, 19. November 2019*

Die

Klima-Protteste bringen das Land und die ganze Welt in Bewegung und ein Großteil unserer Gewerkschaften unterstützen sie. Das ist gut so!

Denn die

eigentlichen Verursacher der Klimakatastrophe, die großen Konzerne – seien es die Energie- oder die Automobilkonzerne – interessiert es nicht, ob sie die Umwelt zerstören und damit die ganze Menschheit in eine existentielle Krise stürzen. Für sie zählt nur der Profit.

Aber die

Realität ist auch, dass viele Betriebs- und Personalräte und große Teile der Belegschaften jede Umweltsünde mitmachen, wenn die Unternehmen mit Arbeitsplatzvernichtung drohen. Dann werden weiter Wälder für

Braunkohle

abgeholzt, Kernkraftwerke weiterbetrieben und dicke Verbrennermotoren in überdimensionierte SUVs gebaut.

Die Realität

ist, dass aus solchen Betrieben so gut wie keine Mobilisierung zum Klimastreik

am 20.9. stattgefunden hat und es gab schon früher die Bilder vom Hambacher

Forst, als ArbeiterInnen gegen die DemonstrantInnen standen. Beim „Kohlegipfel“

der Bundesregierung stimmten auch die VertreterInnen einem extrem späten

Ausstieg und Milliardensubventionen für die Konzerne zu.

So bleibt von

der Solidarität mit der globalen Umweltbewegung und den Aktionen von Friday for

Future nur ein Lippenbekenntnis mit schalem Beigeschmack.

Verantwortlich

dafür sind auch die Führungen der großen Gewerkschaften wie der IG Metall und

der IG BCE, die den notwendigen Kampf gegen die zunehmenden zerstörerischen

Auswirkungen der fossilen Energieerzeugung und der Autoindustrie (um nur die

Augenscheinlichsten anzuführen) gegen den Erhalt von Arbeitsplätzen stellen,

selbst wenn sie bei anderen Gelegenheiten von „ökologischer Erneuerung“ und

Maßnahmen gegen den Klimawandel sprechen. Und damit die Durchsetzung dieser

beiden Ziele in den Augen der meisten Beschäftigten als unüberwindbaren Widerspruch hinstellen. Das führt auch dazu, dass GewerkschafterInnen bei Auseinandersetzung auf unterschiedlichen Seiten stehen. Während die IG BCE zusammen mit RWE Pro-Kohleabbau-Demos organisierte, unterstützte ver.di (richtigerweise) die Gegendemo.

Diese Spaltung wollen und müssen wir aber überwinden. GewerkschafterInnen dürfen sich nicht länger vor den Karren „ihrer“ Unternehmen spannen lassen. Wenn jetzt die Unternehmen mit der Vernichtung von zehntausenden Stellen drohen, dann werden dieses Problem und der Druck noch größer. Alle Konzernzentralen begründen den Abbau mit der Konjunktur, aber alle, die das irgendwie können, schieben die Schuld auf die Klimabewegung und die „Politik“, die angeblich nicht im Interesse der Arbeitsplätze entscheide.

Das ist verlogen und dagegen wehren wir uns: alle Bundesregierungen haben immer Gesetze nach dem Wunsch der Unternehmen gemacht, besonders aber für die Autoindustrie und die Energie-Branche. Genau deshalb wurden die Klimaziele, die auf einem anderen Papier standen, nicht erreicht, während e.on, RWE, EnBW und Vattenfall der Ausstieg aus Atom und Braunkohle mit Milliardengeschenken

vergoldet wurden.

Diese Zugeständnisse an die Profitinteressen retten letztlich auch keine Arbeitsplätze, sondern verschärften nur die ökologische Krise und treiben außerdem einen Keil zwischen die Lohnabhängigen.

Wenn die IG

Metall als größte Industriegewerkschaft verlangt, dass „die Transformation ökologisch und sozial sein soll“, dann ist das Ziel richtig. Aber die Erfahrung hat gezeigt, dass die Unternehmen solange sie können die Umwelt schädigen, wenn es Profit bringt. Genauso wie sie alle anderen Kosten ihrer Entscheidungen auf die Gesellschaft abwälzen, von den krankmachenden Arbeitsbedingungen bis zur Arbeitslosigkeit, wenn das ihre Kassen klingeln lässt.

Die

SchülerInnen haben richtig erkannt, dass Demos, die niemand weh tun, die politisch Verantwortlichen nicht beeindrucken. Sie haben mit Schulstreiks begonnen. Am 20.9., dem internationalen Streiktag kam plötzlich die Frage auf, ob Gewerkschaften ebenfalls zum Streik aufrufen, ob das erlaubt sei. Am 29. November findet der nächst globale Aktionstag statt – und die Gewerkschaften sind gefordert, diesen nicht nur verbal, sondern durch betriebliche Aktionen und Arbeitsniederlegungen zu unterstützen.

Wir sagen, es ist nötig: Es ist nötig, weil die Unternehmen nicht einfach weiter Entscheidungen auf Kosten unserer Zukunft fällen dürfen! Es ist nötig, weil die Regierungen nicht weiter die Unternehmen finanziell entlasten dürfen! Es geht nicht nur um Demos während der Arbeitszeit, es geht um die Wahrnehmung des politischen Streiks, um den nötigen ökonomischen und politischen Druck ausüben zu können. Dazu braucht es eine Perspektive, die den Kampf gegen den Klimawandel als Teil des Kampfes für die Interessen der gesamten arbeitenden Bevölkerung begreift. Wir treten dafür ein:

- umweltschädliche Produktion zu stoppen, den schnellst möglichen Ausstieg aus dem Braunkohletagbau durchzusetzen und die Beschäftigten ohne Einkommensverlust umzuschulen.
- die Entscheidungen über Forschung und Entwicklung offenzulegen und betrieblich und gesellschaftlich durch die lohnabhängigen Beschäftigten und KonsumentInnen zu kontrollieren.
- Arbeitsplatzverlagerung zu blockieren und Betriebsschließungen zu verhindern
- eine kollektive Arbeitszeitverkürzung auf 30 Wochenstunden sofort bei vollem Lohn- und Personalausgleich durchzusetzen

- eine Konversion durchzusetzen, die nicht auf Kosten der Arbeitsplätze geht, sondern die Beschäftigten in diesen Prozess einbeziehen. Denn sie verfügen über das Know-how wie zukünftige umweltfreundliche Arbeitsplätze aussehen können.
- die Kapitalsteuern massiv zu erhöhen und die Vermögenssteuer wieder einzuführen.
- die großen Konzerne unter Kontrolle der Beschädigten zu enteignen, um einen demokratischen Plan zum ökologischen Umbau der Produktion und der Infrastruktur durchzusetzen!

Wir fordern die  
DGB-Gewerkschaften auf, am 29.11. den globalen Klimastreik zu unterstützen und  
sich mit den Aktionen von „Ende Gelände“ vom 29.11. zum 1.12.  
zu  
solidarisieren!

Vernetzung für  
kämpferische Gewerkschaften (VKG), verabschiedet am 10.11.2019

---

# **Sozialismus oder Planet B!**

# Die Umweltbewegung antikapitalistisch machen!

*Markus Lehner, Neue Internationale 242, November 2019*

Wir befinden uns in einer globalen Notfallsituation – so verkündet es Greta Thunberg unermüdlich. Und sie hat Recht! Dabei hätte es nicht der unzähligen jungen Menschen bedurft, um dies zu erkennen. Seit Jahren verdichten sich die wissenschaftlichen Belege für die Anhäufung globaler ökologischer Probleme, von denen der menschenbewirkte Klimawandel nur das gravierendste ist. Es hätte gereicht, die ausführlichen Berichte des UN-Weltklimarates IPCC und seiner tausenden WissenschaftlerInnen zu lesen, um die Dramatik der Situation zu verstehen.

Inzwischen ist der Zusammenhang des Anstiegs menschenverursachter Treibhausgaskonzentrationen in der Atmosphäre ( $\text{CO}_2$ ,  $\text{CH}_4$ ,  $\text{N}_2\text{O}$ , ...) mit der kontinuierlichen Erhöhung der globalen Durchschnittstemperatur theoretisch verstanden, experimentell überprüft und durch langjährige Beobachtung bestätigt. Eine Leugnung dieses Zusammenhangs hat wissenschaftlich gesehen das Niveau der

Hohlwelttheorie oder ähnlicher Hirngespinnste. Damit gibt es auch sehr gut belegte Modelle über die langfristige Entwicklung der globalen Durchschnittstemperatur je nach weiterem Anstieg der Treibhausgasemissionen. Gegenüber dem Beginn der Industrialisierung hat sich diese mittlere Temperatur bereits um mehr als ein Grad erhöht, allerdings mit einer Tempozunahme in den letzten Jahrzehnten (jetzt bei 0,2 Grad pro Jahrzehnt).

## **Zunehmende Dramatik**

Da der Abbau der Treibhausgaskonzentration in der Atmosphäre nur sehr langsam vor sich geht, erfordert ein Gegensteuern gegen den Erwärmungstrend immer entschiedeneren Maßnahmen zur Einsparung von Nettoneuemissionen (ein Teil der Neuemissionen wird ja durch natürliche oder technische Systeme absorbiert). Wurden 2010 weltweit etwa 40 Gigatonnen CO<sub>2</sub> netto emittiert, so erfordert die Begrenzung der mittleren Temperaturerhöhung bis 2100 auf 1,5 Grad gegenüber vorindustrieller Zeit (das „Pariser Klimaziel“), dass dieser Nettobetrag bis 2030 auf unter 20 Gigatonnen und bis 2050 auf die Nettonull reduziert wird – dies allerdings immer noch mit dem



Risiko von 50 %, dass der Temperaturanstieg höher liegen kann, also immer noch z. B. die 2-Grad-Grenze übersteigt.

Diese

Temperaturdurchschnittswerte, ihre langfristigen Tendenzen und die so

definierten Grenzwertüberlegungen sind deswegen so wichtig, da sie unmittelbar

mit schwerwiegenden klimatischen Veränderungen zusammenhängen.

Aufgrund der

ungleichen Verteilung dieser Temperaturerhöhungen weltweit sind bestimmte

Regionen härter betroffen als andere. So ist insbesondere die Veränderung der

polaren Regionen dramatisch. Inzwischen schmilzt z. B. die Eisdecke im

Nordpolarmeer im Monat Februar jede Dekade um 2,7 % mit zunehmender

Tendenz, wobei die Durchschnittstemperatur am Nordpol mit doppelt so hoher Geschwindigkeit

wie global steigt. Die Auswirkungen auf Klima, Meeresströmungen und -spiegel

sind dramatisch. Die polare Erwärmung führt in subpolaren Gebieten zum Auftauen

des Permafrostbodens, wodurch große Massen an zusätzlichen Treibhausgasen (z. B. Methan)

freigesetzt werden. Gleichzeitig nehmen in (sub-)tropischen Regionen

Dürrephänomene zu. So bewirkt die Klimaveränderung inzwischen z. B. ein

periodisches Zusammenbrechen der Luftströmungen, die bisher die Dürreperioden

für tropische Regenwälder abgemildert haben. Dies führt z. B. im

Amazonasbecken zu einer extremen Zunahme von Waldbränden, die

noch durch Agro- und Bergbauindustrie verstärkt werden. Gerade die tropischen Regenwälder, bisher einer der wichtigsten globalen CO<sub>2</sub>-Speicher, geraten immer näher an Kipppunkte, wo tendenziell große Teile davon zu versteppen drohen. Besonders was diese zentralen Ökosysteme (Polargebiete, tropische Regenwälder) anbetrifft, macht die Frage der 1,5-Grad-Grenze einen entscheidenden Unterschied aus. Bei 2 Grad wird das Risiko, die besagten Kipppunkte zu überschreiten, enorm groß.

Natürlich wird auch ein Planet mit höherem Meeresspiegel, ausgedehnten Wüsten in den tropischen Regionen, Zusammenbruch bisher für landwirtschaftliche Nutzung wichtiger Flächen usw. irgendwie weiter für Menschen bewohnbar sein. Er wird aber kaum mehr für die heutige Zahl an Menschen eine nachhaltige ökologische Basis für mehr als Subsistenz bieten. Die Klimafolgen werden Unbewohnbarkeit bestimmter Regionen, Zusammenbruch der Versorgungsbasis vieler Länder und damit Massenflucht und noch mehr „failed states“ bedeuten, samt Hungerkatastrophen und Verelendungsphänomenen. Mit anderen Worten: für einen großen Teil der Menschheit einen Rückfall in die Barbarei.

Die bis hier

dargelegte Analyse werden so oder ähnlich die meisten AkteurInnen der Klimakonferenzen, auch der diesjährigen COP25 in Santiago de Chile im November, teilen (natürlich mit wichtigen Ausnahmen wie der US-Regierung, im Unterschied zum Großteil der US-KlimaforscherInnen). Doch selbst wenn sie die Begründungen und Folgeschätzungen nachvollziehen, wie die Annahme der Klimaziele auf der COP21 in Paris zeigt, so heißt dies noch lange nicht, dass die Unterzeichnerstaaten auch danach handeln. Das globale 1,5-Grad-Ziel und die auf die verschiedenen Länder heruntergebrochenen Nettoemissionsziele (z. B. hätte Deutschland bis zur Nulllinie 2050 noch ein Budget von 6,6 Gigatonnen CO<sub>2</sub>) müssten ja zu einem entsprechenden Plan für die schrittweise Reduktion je Jahrzehnt und Wirtschaftsbereich führen. Tatsächlich werden schon die Klimaziele für 2020 von fast allen Ländern krachend verfehlt und für die entscheidenden Jahre bis 2030 liegen Pläne vor, die ebensolche Lachnummern sind wie das „Klimapaket“ der deutschen Bundesregierung (bei den derzeitigen 0,8 GT jährlichen Netto-CO<sub>2</sub>-Emissionen wird man mit einer fraglichen Verteuerung der Tonne CO<sub>2</sub>-Verbrauch um 10 Euro kaum das 6,6 GT-Ziel erreichen).

## **Widerspruch zwischen Wissen und Inaktivität**

Es fragt sich

also, warum trotz besserer Einsicht ein globales Handeln für den Erhalt eines lebensgerechten Planeten nicht möglich zu sein scheint. Dieser eklatante Widerspruch hat in den letzten Jahren immer wieder zu ökologischen Protestbewegungen geführt. Auch „Fridays for Future (FFF)“ oder „Extinction Rebellion (XR)“, die sich in eine lange Kette dieser Bewegungen einreihen, gehen davon aus, dass die „Einsicht“ noch nicht genug verbreitet sei und es nur am fehlenden politischen Willen der Regierungen liegen würde, dass nicht entsprechend gehandelt wird. Es wird davon ausgegangen, dass „die Bevölkerung“ noch zu wenig aufgeklärt sei und mehr Bewegung dazu führe, dass der politische Druck auch zu entsprechenden Maßnahmen der Regierenden führen werde. Dazu kommt, dass die verbreitete grüne Ideologie (insbesondere im globalen Norden) davon ausgeht, dass die Lösungsmöglichkeiten für die ökologischen Probleme schon „technisch“ vorliegen würden und durch entsprechende „Marktanreize“ eine Verschiebung zu einem „grünen Kapitalismus“ möglich sei. Voraussetzung wäre dann nur ein globaler Konsens, eine Einsicht der wirtschaftlich Mächtigen, dass ein ökologischer Umbau der Ökonomie doch auch im Interesse ihrer langfristigen Profite liegen würde, es also so wie den „Sozialstaat“ auch einen „Green New Deal“ geben könnte.

Alle diese Ansätze verkennen, dass es nicht um eine Frage der „Einsicht“ oder des politischen Willens geht, sondern um grundlegende Zwangsgesetze des globalen Kapitalismus. Dieses System ist weder einfach „Marktwirtschaft“, noch basiert es auf „demokratischem Interessensausgleich“ oder den Entscheidungen einzelner „freier“ Individuen – und seien sie selbst mächtige KonzernführerInnen. Kapitalismus basiert auf der Aneignung fremder Arbeit in Wertform und damit darauf, dass die Verwertung von Kapital in Form der stets wachsenden Kapitalakkumulation sich als abstraktes und alles bestimmendes Gesetz der Gesellschaft aufzwingt (was immer die AkteurInnen des Kapitals als „Einzelne“ sich dabei wünschen oder denken). Die Umwelt kommt für das Kapital hierbei als externe (durch Arbeit auszubeutende) Rohstofflieferantin und als ebenfalls externe Senke für die Abfallprodukte des Verwertungsprozesses ins Spiel.

Das Verhältnis des Kapitals zur Umwelt ist daher externalisierend. Wie auch bei der privaten Hausarbeit werden die Kosten für die Beanspruchung auf die Gesamtgesellschaft (bzw. den Planeten) abgeschoben. Auf die natürlichen Regenerationsprozesse, die zwischen Rohstoffnutzung, Verbrauchsergebnissen und der Wiederherstellung der Ausgangsstoffe liegen, kann das Tempo der Kapitalakkumulation nicht Rücksicht nehmen. Statt zu nachhaltiger Rohstoffnutzung tendiert das Kapital bei Verknappung von Rohstoffen oder eskalierenden Entsorgungsproblemen daher zu technischen Lösungen, die das Problem aber nur auf eine höhere Ebene heben. So in der kapitalistischen Landwirtschaft, die auf die Auslaugung der Böden durch extensive Nutzung mit dem Einsatz mineralischer Dünger vor allem aus Phosphaten und Stickstoff reagierte. Diese Intensivierung war zwar ein riesiger Fortschritt für die Ernährungssicherheit einer wachsenden Bevölkerung, andererseits aber mit bekannten ökologischen Folgen. Letztlich sind Stickstoffdünger (neben der Viehzucht)

durch die resultierende Freisetzung von  $N_2O$  einer der großen VerursacherInnen des Anstiegs von Treibhausgasen in der Atmosphäre.

## **Unmöglichkeit des „grünen“ Kapitalismus**

Die Möglichkeit eines „grünen Kapitalismus“ ist daher angesichts des extraktivistischen Wesens der Kapitalakkumulation eine vollständige Irreführung. Im besten Fall sind die „Erfolge“ grüner Politik hierzulande das Resultat des Drucks von Massenbewegungen und der Verlagerung der Umweltprobleme in den globalen Süden. Die massive Verschiebung industrieller Prozesse aus den vormaligen „Industrielländern“ an billigere Standorte (mit weniger sozialen Rechten und ökologischen Auflagen) hat natürlich zu einer scheinbaren Abnahme von Umweltbelastungen im globalen Norden geführt – aber zur enormen Verschärfung von Vermüllung und Naturzerstörung in der halb-kolonialen Welt. Dazu kommt die Zunahme von Umweltbelastungen durch das enorm gestiegene Transportvolumen im „globalisierten“ Kapitalismus.

Daher ist es durchaus richtig, dass die Frage von Individualverkehr hierzulande ein verschwindender Beitrag zur Klimaveränderung ist gegenüber dem „ökologischen Fußabdruck“, den die Metropolen des Nordens insgesamt (vor allem durch die von ihnen beherrschten Konzerne) hinterlassen. Angesichts der Tatsache, dass heute in wesentlichen Bereichen wie Agro-Industrie, Rohstoffgewinnung, Chemie- und Pharmaindustrie, Stahl, Baustoffen etc. der globale Markt unter jeweils 4–5 Großkonzernen aufgeteilt ist, wundert es nicht, dass laut einer Studie des Journals „Climate Change“ (<https://link.springer.com/article/10.1007/s10584-013-0986-y>)

nur 90 Konzerne für zwei Drittel der Treibhausemissionen weltweit verantwortlich sind.

## „Climate Justice“-Bewegung

Diese systemkritischen Analysen wurden von einem anderen, schon länger bestehenden Teil der internationalen Umweltbewegung, der sich unter dem Motto „Climate Justice“ (CJ = Klimagerechtigkeit) zusammenfindet, sehr im Gegensatz zu FFF oder XR zentral thematisiert. Gegründet im Zusammenhang mit den Protesten rund um die Klimagipfel zu Beginn dieses Jahrtausends und im Zusammenwirken mit den globalen Sozialforen nahm dieses Netzwerk die Verantwortung der Konzerne und die auch ökologisch ungerechte Weltwirtschaftsordnung zentral ins Visier seiner Proteste. Insbesondere rund um die COP15 in Kopenhagen 2009 gründete sich das CJ-Netzwerk, das zu radikalen Aktionsformen gegenüber Konzernen und den Alibiverhandlungen der Regierungen in der Klimapolitik aufrief. In Deutschland sind letztlich „Ende Gelände (EG)“ bzw. die Netzwerke um die „Klimacamps“ das Resultat dieser Strömung des Klimaprotests.

Sicher ist EG mit dem Hauptslogan „System Change not Climate Change“ auf einer sehr viel richtigeren

politischen Spur als FFF und XR zusammen. Auch wenn international bei CJ nicht selbstverständlich, ist die deutsche Strömung deutlich im Lager des „Antikapitalismus“ verankert. Anders als FFF und XR gibt es bei EG einen konkreten Angriffspunkt: die Energiewirtschaft und die von ihr forcierte Braunkohleverstromung als eine Hauptverursacherin von Treibhausgasemissionen hierzulande. Im Gegensatz zu XR gibt es bei EG keine Illusionen in den bürgerlichen Staat und seine Sicherheitsorgane, die im Wesentlichen Konzerninteressen schützen. Die scheinbare Radikalität von XR-Aktionen kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass ihre Aktionen „zivilen Ungehorsams“ vor allem PR-Aktionen sind („Gewinnung der Öffentlichkeit“) unter Gefährdung der eigenen AktivistInnen („Aufopferung“) und bei gleichzeitiger Zusammenarbeit mit dem Staat („PolizistInnen sind auch vom Klimawandel betroffen“, „keine die Öffentlichkeit verstörende Gewaltbilder“). Dagegen setzt EG deutlich die Tradition der notwendigen Konfrontation mit den Systemkräften und der aktiven Mobilisierung zum Widerstand fort, wie ihn die Sozialforenbewegung zu Beginn des Jahrtausends begann (so erinnern die Aktionsformen deutlich an die „Tutti Bianchi“, die Demonstrierenden in weißen Overalls, von Genua und Co.). Während sich FFF und XR vor allem in Mittelstandsmilieus des globalen Nordens „international“



organisieren, ist CJ auch im globalen Süden oder in Osteuropa in aktivistischen Milieus vernetzt. So gibt es auch von EG eine wichtige Verbindung zu den Protesten in den für den europäischen Energiesektor so wesentlichen polnischen Kohlerevieren.

## Beschränkungen

So sehr EG daher gegenüber XR und FFF politisch weiter links steht, so sind auch dessen Beschränkungen zu sehen. Einerseits ist EG noch sehr viel stärker auf studentisches und linkes Milieu konzentriert und findet nur über die Vernetzung mit einigen lokalen BürgerInneninitiativen eine beschränkte Verankerung darüber hinaus. Bei FFF gibt es durch das SchülerInnenmilieu wohl die größte gesellschaftliche Breite. Außerdem haben sie eine wesentliche und für den Kapitalismus die wohl gefährlichste Kampfform „entdeckt“: den Streik. Auch wenn dies „nur“ die sehr indirekte Form des „Schulstreiks“ betrifft, so wirkt die Idee offensichtlich ansteckend. Der Vorstoß, die „globalen Klimastreiks“ (der nächste Ende November zum COP25) zu einem (wenn auch nur symbolischen) Generalstreik auch in Produktionsbereichen zu machen, geht in eine richtige Richtung. Der Druck ist offenbar groß genug, dass sich

Gewerkschaftsverbände

„formal“ dem Aufruf anschließen. Wie bekannt, passiert aber in Deutschland

wenig, wenn nicht wirklich in den Betrieben dafür mobilisiert wird. Wie nicht verwunderlich,

wird in Wirklichkeit trotz formeller Bekenntnisse („Beteiligung ja, aber nur wenn Zeitausgleich möglich“) von den Betriebsräten in den zentralen Industrien

massiv gegen jeden wirklichen Streik gearbeitet. Gerade diese Auseinandersetzung in den Betrieben um die Frage des Klimastreiks und der damit

verbundenen der klimaneutralen Transformation der eigenen Industrie ist aber in

Wirklichkeit eine entscheidende für eine wirkliche massenhaft erzwingbare

Änderung der Klimapolitik.

Anders als viele Teile der Umweltbewegung verbreiten, sind die Konzepte für eine ökologische Alternative zum gegenwärtigen extraktivistischen Kapitalismus nicht „schon alle da“ und „brauchen nur umgesetzt zu werden“. So überschlagen sich manche Umweltseminare in Schwärmereien von „konkrete Alternativen entwickeln“ jenseits jeglicher Produktionsprozesse und realer Machtverhältnisse. Tatsächlich müssen diese Alternativen in der Energiewirtschaft (z. B. Speichertechnologien), der Bauwirtschaft (z. B. klimaneutrale Baustoffe), Stahlindustrie, Landwirtschaft, Mobilitätsindustrien etc. erst im technischen Detail und der produktionsmäßigen Umsetzung mit viel Arbeitszeit und Kosten ausgearbeitet und umgesetzt werden.

# Gesellschaftliche Frage

Der ökologische Umbau ist lange nicht nur eine Frage von „Entscheidungen“, sondern vor allem ein arbeitsaufwändiger Transformationsprozess, der nur gegen den schärfsten Widerstand von Kapitalinteressen und auch nur international durchgesetzt werden kann. Zu glauben, dieser könne durch „Marktanreize“ (siehe die Farce des Zertifikatehandels) oder politische Verhandlungen (siehe „Kohlekompromiss“) erzielt werden, verkennt die Dimension und die Dringlichkeit einer raschen Einleitung dieses Prozesses.

Radikaler als alle Grün-Parteien und viele Teile der Umweltbewegung zusammen hat die britische Labour Party auf ihrem letzten Parteikongress ein Programm für die Klimawende gemäß dem 1,5-Grad-Ziel beschlossen: Kernelement ist dabei, dass der darin enthaltene Transformationsplan wesentlich die Verstaatlichung von Schlüsselindustrien beinhaltet, besonders des Energiesektors. Die Frage der Entwicklung von Alternativplänen zum ökologischen Umbau muss natürlich die Eigentumsfrage stellen. Wie für eine reformistische Partei wie Corbyns Labour nicht anders zu erwarten, scheitert auch dieser Ansatz an seiner nationalen Beschränktheit und der Frage des gesamtwirtschaftlichen Zusammenhangs. Dabei ist die Vergesellschaftung als internationale Aufgabe heute nicht mehr so abstrakt, wie es früher einmal schien: Wenn es nur 90 Konzerne

sind, die einen Großteil des Problems international darstellen, dann ist dies, wie auch die Entwicklung eines internationalen Transformationsplans keine Utopie mehr. Zentral ist aber natürlich, dass auch verstaatlichte Großkonzerne weiterhin den Zwängen des globalen Kapitalverwertungsprozesses unterworfen sind und schnell selbst wieder gemäß der Kapitallogik funktionieren (so ist ja auch Vattenfall im Besitz des schwedischen Staates, agiert aber weltweit wie jeder andere Konzern).

## **Strategische Alternative**

Es ist daher zentral, dass die soziale Kraft, die der Logik des Kapitals eine tatsächliche gesellschaftliche Alternative entgegenstellen kann, auch zur zentralen Akteurin in diesem ökologischen Transformationsprozess wird: die internationale ArbeiterInnenklasse. So zersplittert, politisch fragmentiert und sozial differenziert sie auch heute sein mag, so ist sie als Trägerin des gesellschaftlichen Produktionsprozesses doch die einzige soziale Kraft, die eine Umwälzung der Ökonomie weg von der Logik der Kapitalverwertung auch real vollziehen kann. Durch Produktionskontrolle und

gesellschaftliche Planung kann ein Gesamtkonzept des sozialen und ökologischen Umbaus erarbeitet werden, das auch tatsächlich die ökologischen und ökonomischen Kreisläufe in Einklang bringt, bei globalem und sozialem Ausgleich der Lasten des Umbaus. Die ArbeiterInnenklasse war auch diejenige Kraft, die bisher als einzige eine schlagkräftige internationale politische Organisation gegen die globale Macht des Kapitals hervorgebracht hat. Deswegen braucht es auch in der ökologischen Frage ein Wiederentstehen einer revolutionären Internationale.

Angesichts der tatsächlichen Situation der weltweiten ArbeiterInnenbewegung, die weit davon entfernt ist, heute für eine sozialistische Alternative zum Kapitalismus revolutionär zu kämpfen (was auch angesichts der ökologischen Krise notwendig wäre), müssen wir heute versuchen, die bestehenden Kämpfe der Umweltbewegung und die aufkeimenden Proteste der ArbeiterInnenbewegung rund um den anstehenden Transformationsprozess mit der weitergehenden sozialistischen Perspektive zu verbinden. Wie wenig das der Umweltbewegung rund um den Kohleausstieg gelingt, zeigt die Hilflosigkeit von EG gegenüber der politischen und ökonomischen Entwicklung in der Lausitz deutlich (siehe dazu den Artikel in dieser Ausgabe).

Es muss klar sein, dass weder das Kapital noch seine Regierung für die vom Kohleausstieg betroffenen ArbeiterInnen irgendeine Glaubwürdigkeit in Bezug auf ihre Zukunftsperspektiven haben – ganz so wie in allen anderen betroffenen Branchen (z. B. Automobilindustrie). Notwendig ist daher ein Programm der ArbeiterInnenkontrolle über den Umbauprozess der Industrie, das die Entwicklung von Alternativen und ökologisch sinnvollen Technologien in den Betrieben im Verbund mit der sozialen Absicherung der Beschäftigten vorantreibt. Was wir brauchen, sind keine „BürgerInnenversammlungen“, die ausgelost werden und ohne Macht über den Produktionsprozess sind (wie XR es vorhat), sondern Kontrollausschüsse und sich in der Auseinandersetzung entwickelnde ArbeiterInnenräte, die den Umbauprozess konkret durch ihre Verankerung im eigentlichen Produktionsprozess auch umsetzen können. Gerade auf Grundlage dieser Produktionskontrolle durch die Beschäftigten kann auch die Struktur in den Konzernen geschaffen werden, die eine internationale Vergesellschaftung der HauptverursacherInnen der Treibhausgasemissionen realisiert.

## **Eigentumsfrage**

Es ist klar, dass diese Machtfrage in den Konzernen nicht ohne schweren politischen Kampf vor sich gehen kann – schon das dagegen geringe Problem der Teilnahme am globalen Klimastreik stellt ja in Deutschland die berühmte Frage des „politischen Streiks“ auf die Tagesordnung. Nur die Vorstellung davon stürzt schon sämtliche Gewerkschaftsführungen hierzulande in kollektives Entsetzen. Dieser Kampf kann nur im Kampf um eine neue Führung der

ArbeiterInnenbewegung gewonnen werden wie auch in der Durchsetzung entschlossener Kampfformen gegen das Kapital. Dies wird unweigerlich auch den Kampf um die politische Macht beinhalten. Speziell auch deswegen, da eine wirkliche Klimawende auch einen demokratischen Gesamtplan des Umbaus benötigt. Es wird immer klarer, dass die Alternative entweder die Durchsetzung einer wirklich sozialistischen und ökologischen Planwirtschaft ist – oder wir müssen langsam nach einem Planet B suchen!

---

## **Raus aus der Kohle – durch wen?**

*Lars Keller, Neue Internationale 242, November 2019*

Zum Auftakt der UN-Klimakonferenz ruft „Ende Gelände“ (EG) zur Blockade des Braunkohleabbaus in der Lausitz auf. EG reagiert damit auf das „Klimapaket“ der Bundesregierung, welches einer Aufgabe des 1,5-Grad-Zieles gleichkomme (<https://www.ende-gelaende.org/aufruf-lausitz-2019/> ). Der Protest richtet sich dabei nur gegen einen Teil der TreibhausgasemittentInnen. Kraftwerke machen ca. 21 % des jährlichen Treibhausgasausstoßes in Deutschland aus, Sektoren wie Verkehr, Landwirtschaft und vor allem die industrielle

Produktion selbst erzeugen deren Großteil.

## LEAG

Der Protest in der Lausitz trägt letztlich einen symbolischen Charakter und richtet sich gegen das Versagen der Regierung und gegen einzelne Konzerne – in diesem Fall gegen die LEAG.

LEAG ist bloß  
der Markenname der Lausitz Energie Verwaltungs GmbH, Lausitz  
Energie Bergbau AG  
und der Lausitz Energie Kraftwerke AG, welche ihrerseits dem  
tschechischen  
Energiekonzern EPH gehören. EPH setzt seit Jahren auf den  
billigen Aufkauf  
fossiler StromerzeugerInnen und spekuliert hierbei auf im  
Rahmen der  
Energiewende steigende Strompreise, staatliche Entschädigungen  
sowie günstige  
CO<sub>2</sub>-Zertifikate.

Die ArbeiterInnen  
der LEAG stehen in der Mehrzahl hinter der Braunkohle und  
betrachten die  
Position der Unternehmensführung in den Verhandlungen um den  
Kohleausstieg als  
positiv. Das heißt nicht, dass sie die Notwendigkeit von  
Maßnahmen gegen den  
Klimawandel durchweg ablehnen, wohl aber, dass sie in der  
Frage des  
Ausstiegstempos auf der Seite der LEAG stehen. Eine  
entsprechende Position



nehmen der Betriebsrat und die Gewerkschaft IG BCE ein, welche ihrerseits in der Vergangenheit Demonstrationen für die Braunkohleverstromung organisierten und somit selbst zur ideologischen Bindung der Beschäftigten an Vattenfall bzw. LEAG beitrugen. Angesichts dessen ist es zwar verständlich, dass EG den Kohleausstieg durch Aktionen des zivilen Ungehorsams „selber machen“ will. Verständlich ist auch, dass viele Protestierende die Kraftwerks- und TagebauarbeiterInnen als ihren GegnerInnen betrachten – fatal ist letzteres aber trotzdem.

## Warum?

LEAG, Betriebsräten, Regierung und auch manchen Protestierenden ist eines gemeinsam: Sie alle betrachten die Beschäftigten des Energiesektors als passiven Teil der erforderlichen Umstellung der Energieproduktion und allenfalls als Verhandlungsmasse. Das von Konzernen und Regierung vorgebrachte Argument der Jobsicherung ist zwar ohnedies scheinheilig, waren doch in der Lausitz zu Wendezeiten noch rund 80.000 Menschen im Energiesektor beschäftigt. Heute sind davon nach großzügiger Deindustrialisierung, technischer Produktivitätssteigerung und Arbeitsplatzvernichtung noch gut 8.000 übrig, plus

die Jobs im Zuliefererbereich. Betriebsräte und Gewerkschaften haben das allenfalls „sozialverträglich“ ausgestaltet. So kommt es, dass die heute übrigen 8.000 Jobs zu den bestbezahlten der Region zählen und ganze Familien daran hängen, auch wenn „nur“ rund 3 % der Erwerbstätigen in der Lausitz direkt im Braunkohleabbau und den Zulieferunternehmen schuften. Die hohe Entlohnung und der drohende Arbeitsplatzverlust bilden sicherlich die wichtigsten Faktoren, warum ein Großteil der Beschäftigten einer umweltschonenden Energieerzeugung mit Skepsis gegenübersteht. Aber auch die Schwäche von EG, konkrete Forderungen und Perspektiven für die Beschäftigten aufzuzeigen, trägt dazu bei. Der für sich genommen richtige Slogan „There are no jobs on a dead planet“ geht an den Sorgen der in der Lausitz Beschäftigten bestenfalls vorbei.

Es gibt jedoch auch noch andere Faktoren der Skepsis: Seit der Wende sorgte die Bundespolitik nicht für die versprochenen „blühenden Landschaften“, sondern für ein durch sozialen Kahlschlag hervorgerufenen – und durchaus berechtigtes – Misstrauen gegenüber der Politik. Gerade weil die soziale Abstiegsangst in Brandenburg und Sachsen mit realen Erfahrungen verknüpft ist, kann die AfD, z. B. indem sie sich stramm hinter die Braunkohle stellt, hier erfolgreich

sein.

Hinzu kommt,  
dass die bisherige Umsetzung der Energiewende – nicht nur in  
den Augen vieler  
Beschäftigter – bestenfalls Flickschusterei gleichkommt. Den  
ArbeiterInnen des  
Sektors ist bekannt, dass die Gefahr eines Blackouts durchaus  
real ist. Dabei  
liegt diese durchaus nicht an der Abkehr von der fossilen oder  
atomaren  
Stromerzeugung an sich, sondern vielmehr daran, dass diese  
unter  
kapitalistischen Vorzeichen vermittels einer immer härter  
werdender Konkurrenz und Profitzwängen  
notwendigerweise nur chaotisch stattfindet. Staatlichen  
Regulierungsmaßnahmen  
kommt hier allenfalls eine Reparaturfunktion zu.

Ein den  
Produktivkräften entsprechender, schnellstmöglicher  
internationaler Ausstieg  
aus der Kohle ohne Stromausfälle und doch in der  
erforderlichen Eile ist ohne  
die Kontrolle der Beschäftigten des Energiesektors, ja der  
ArbeiterInnenklasse  
insgesamt unmöglich. Nicht nur, dass sie objektiv,  
geschichtlich kein Interesse  
daran haben können, sich Profitinteressen von EPH, RWE und Co.  
unterzuordnen –  
sie verfügen vor allem über das technische Know-how zur  
Umsetzung einer  
wirklichen Energiewende.

Doch das bedeutet auch, eine Politik zu entwickeln und alle politischen Anstrengungen zu unternehmen, um die Lohnabhängigen, einschließlich möglichst großer Teile der ArbeiterInnen der LEAG zu überzeugen und für diese Perspektive zu gewinnen. Um die vermittels der IG BCE und den Betriebsräten umgesetzte Bindung an das Unternehmen aufzubrechen, brauchen AntikapitalistInnen wie in EG auch Forderungen und eine politische Strategie, die die Beschäftigten als AkteurInnen der Energiewende und des Strukturwandels in der Lausitz begreift, nicht als passive Verhandlungsmasse:

- Energiewende unter Einbeziehung der ArbeiterInnen in der Energiewirtschaft! Für einen demokratischen Plan zur Verwirklichung von Netz- und erneuerbarem Energieausbau sowie zur Entwicklung von Speichertechnologien! Für einen demokratischen Strukturplan in der Lausitz, der für die Ansiedelung von nachhaltigen Industrien sorgt! Für die Kontrolle dessen durch ArbeiterInnenkomitees und Gewerkschaften!
- Für eine Aufteilung der Arbeitszeit auf alle in der Region Lebenden – bei voller Lohnfortzahlung und Personalausgleich! Für ein öffentliches Programm gesellschaftlich nützlicher Arbeit und dementsprechender Umschulung bei einer Bezahlung, die mindestens dem bisherigen Entgelt entspricht!
- Lasst die SpekulantInnen und Konzerne für die

Energiewende zahlen! Massive Besteuerung der Profite energieintensiver fossiler Industrien! Enteignung des gesamten Energiesektors unter ArbeiterInnenkontrolle!

- Wenn die Energiewende schnellstmöglich passieren soll, braucht es eigene Kampfaktionen der Beschäftigten! IG BCE und ver.di: Brecht mit den Konzernen, die die Lebensgrundlage der Menschheit zugunsten des Profits zerstören! Für den politischen Massenstreik der ArbeiterInnenklasse, der ein ökologisches Sofortprogramm der ArbeiterInnen selbst durchsetzt!

---

# **Fridays For Future: Stell dir vor, es ist Klimastreik und alle gehen hin**

*Wilhelm Schulz, Neue Internationale 241, Oktober 2019*

## **Millionen**

Der Auftakt der [#WeekForFuture](#) am 20. September war ein voller Erfolg. Schätzungsweise 4 Millionen Menschen aus 161 Staaten beteiligten sich an 5.800 Aktionen. Allein in Deutschland sind den VeranstalterInnen zufolge rund 1,4 Millionen Menschen auf den Beinen gewesen. In Australien waren es mindestens 300.000. In Kapstadt sollen es rund 2.000 AktivistInnen gewesen sein,

in New York 250.000. In London sammelten sich etwa 100.000.

Auch am 27.

September zum Abschluss der Aktionswoche konnten wir beeindruckende

Menschenmassen sehen. Hier kam es laut VeranstalterInnen zu rund 6.000 Aktionen

in 170 Staaten. Allein in Italien demonstrierten schätzungsweise eine Million

Menschen, in Österreich rund 150.000, in Neuseeland 170.000, in Chile mehrere

Zehntausend. Im kanadischen Montreal versammelten sich eine halbe Million

Menschen.

Bereits im

Vorfeld kam es zu einer erneuten Zunahme von Mobilisierungen der Klimabewegung.

So fanden vom 13.-15. September in Frankfurt am Main Proteste gegen die

Internationale Automobilausstellung (IAA) statt. Unter dem Titel „Sand im

Getriebe“ mobilisierten hierzu unterschiedliche NGOs, die Grünen und die

Linkspartei sowie Teile der radikalen Linken. Laut VeranstalterInnen nahmen

rund 25.000 Menschen teil. Ebenso wie das restliche politische Programm der

Bewegung schreckte auch der Protest hier vor der Eigentumsfrage und der

Notwendigkeit der gesellschaftlichen Veränderung der Produktion, weg von der individuellen

hin zur kollektiven Mobilität, zurück.

International

handelt es sich bei der #WeekForFuture um die größte koordinierte Mobilisierung

seit dem Irakkrieg. Hier gingen im Februar 2003 weltweit etwa 20 bis 30

Millionen Menschen auf die Straße. An dieser Stelle möchten wir betonen, dass

sich an den Generalstreiks in Indien in den letzten Jahren mehrfach 150 bis 200

Millionen beteiligten, ein Aufgebot an Widerstand, zu dem die Bewegung den

Schulterschluss suchen muss.

Momentan verfügt

sie jedoch vor allem in den imperialistischen Nationen über Schlagkraft. So

gingen beispielsweise am 20.9. in Thailand etwa 250 Menschen und in Afghanistan

rund 100 auf die Straße. Hier bildet Brasilien eine gewisse Vorbildfunktion.

Dort besteht nicht nur mit den Bränden im Amazonas eine Dringlichkeit, sondern

schon seit Monaten existiert eine Massenbewegung gegen das Regime Bolsonaros,

der nicht nur auf der Ebene des Umweltschutzes einen Generalangriff fährt. Hier

sehen wir eine Verbindung mit den Kämpfen der Landlosen, der indigenen

Bevölkerung und den kämpfenden Beschäftigten.

Dabei sind es

momentan vor allem die halbkolonialen Länder, die mit den Folgen der

systematischen Umweltzerstörung leben müssen. So erleben wir gerade massive

Proteste in Indonesien, u. a. gegen die massiven Brandrodungen der Regenwälder, die Verschärfungen des Strafrechts und die Zunahme giftigen Smogs. Hier produziert beispielsweise der deutsche Konzern HeidelbergCement. Nach der Zerschlagung der Proteste und dem Klimapaket der Bundesregierung, welches den CO2-Ausstoß bei der Zementproduktion mit keinem Cent besteuert, steigt die Aktie des Konzerns wieder kräftig. Hier müssen InternationalistInnen im Kampf ansetzen.

## Wer kämpft?

In erster Linie haben wir es hier mit einer Massenbewegung von SchülerInnen zu tun. Jedoch handelt es sich dabei nicht um eine sozial einheitliche Gruppe, sondern eine gemäß der Klassenherkunft ihrer Familie differenzierte. Die Gruppen, die das Außenbild der Bewegung prägen, sind vor allem sozial besser gestellte Jugendliche, die aus der lohnabhängigen Mittelschicht, dem BildungsbürgerInnentum, dem KleinbürgerInnentum oder der ArbeiterInnenaristokratie stammen. Aus diesen beiden Faktoren entsteht ein Spannungsverhältnis. Die soziale Vorherrschaft von Mittelschichten und KleinbürgerInnentum drückt sich ideologisch auch im Programm, in den Zielsetzungen und im Bewusstsein der Bewegung aus.



Hieraus folgt für RevolutionärInnen, dass wir nicht einfach nur die Bewegung aufbauen, sondern auch für einen proletarischen Klassenstandpunkt kämpfen müssen.

## Welche Hürden überwinden?

Auf der einen Seite kämpft die gesamte Bewegung dafür, die Regierung zum Einlenken in der Klimafrage zu bewegen. Sie will von der herrschende Klasse und dem Kapital Maßnahmen erzwingen und die bürgerliche Politik selbst entlarven. Sie hegt reale Illusionen darin, dass die Bundesregierung bzw. die auf dem UN-Gipfel versammelten Staats- und RegierungschefInnen von einer „vernünftigen“, im Interesse aller Klassen liegenden Klimapolitik überzeugt werden könnten.

So ist der wohl kämpferischste Auszug aus der Rede von Greta Thunberg vor dem UN-Klimagipfel folgender: *„Ihr sagt, dass Ihr uns ‚hört‘ und dass Ihr die Dringlichkeit versteht. Aber egal wie traurig und wütend ich bin, will ich das nicht glauben. Wenn Ihr die Situation wirklich verstehen würdet und uns immer noch im Stich lassen würdet, dann wärt Ihr grausam und das weigere ich mich zu glauben.“* ([The Guardian, 23. September 2019](#))

Er verdeutlicht  
sinnbildlich die Widersprüche der Bewegung. Zum einen klagt  
Thunberg die  
Herrschenden offen für ihre Weigerung zu handeln, für ihre  
hohle „Klimapolitik“  
an. Zum anderen weigert sie sich verbittert, aber auch umso  
sturer zu  
akzeptieren, dass diese tatsächlich auf der anderen Seite  
stehen.

Hartnäckig  
stellt sie das Problem so dar, als ginge es darum, dass „die  
Politik“ dessen  
Dringlichkeit endlich richtig verstehen müsse. Ansonsten wäre  
sie nämlich  
„grausam“. Letztlich präsentiert sie also die Frage rein  
moralisch. Die  
Regierenden müssten nur richtig zuhören, die Lage akzeptieren,  
wie sie ist –  
und alsdann handeln.

Der systemische  
Charakter des Kapitalismus fällt vollkommen aus dem Blickfeld.  
Die objektiven  
Klasseninteressen, die den FunktionsträgerInnen des Kapitals  
in den Konzernen  
wie in den bürgerlichen staatlichen Institutionen vermittelt  
über die  
Konkurrenz bestimmtes Handeln ganz unabhängig vom Bewusstsein  
oder der Vernunft  
des Einzelnen aufzwingen, werden erst gar nicht zur Kenntnis  
genommen.

Daher auch der

beeindruckende moralische Impetus der Rede von Thunberg einerseits, der andererseits eine hoffungslose und ohnmächtige Perspektive entspricht – der ständig wiederholte Appell an die Mächtigen der Welt, doch endlich ihr Herz und Hirn zu gebrauchen und die Menschen nicht weiter im Stich zu lassen.

In Wirklichkeit zwingt die kapitalistische Produktionsform samt ihrer freien Konkurrenz die einzelnen ProduzentInnen, ohne Rücksicht auf ihren Ressourcenverbrauch oder ihre Abfallerzeugung zu wirtschaften, da sie sonst verdrängt werden könnten. Nachhaltigkeit ist für sie in erster Linie ein Kostenfaktor, der ihre Profite nicht weiter schmälern soll. Wir müssen die Unvereinbarkeit von Nachhaltigkeit und kapitalistischer Produktion verdeutlichen.

## **Generalstreik und Klassenfrage**

Mit dem Aufruf zum 20. und 27. September hatte die Bewegung einen Schritt vorwärts gemacht, insofern sie zu einem globalen Generalstreik aufrief. Allerdings wurde und wird darunter nicht eine kollektive, organisierte Arbeitsniederlegung der Lohnabhängigen und ihrer Gewerkschaften verstanden, sondern

eher eine individuelle  
Entscheidung einer/s Einzelnen. Wer – ob nun während der  
Arbeitszeit oder am  
arbeitsfreien Tag – zur Demonstration kommt, „streikt“. Es  
streiken  
Beschäftigte ebenso wie Unternehmen, die, ob aus Solidarität  
oder Werbebezwecken,  
ihr Geschäft für einen Tag oder einige Stunden schließen.

Auch das  
entspricht der vorherrschenden kleinbürgerlichen Ideologie der  
Bewegung. Diese  
kommt umgekehrt auch den Gewerkschaftsführungen gelegen, die  
einen politischen  
Streik, also eine echte Konfrontation mit Kapital und Kabinett  
fürchten wie der  
Teufel das Weihwasser. Die Führung der Bewegung wiederum will  
– insbesondere  
hier in Deutschland – den Gewerkschaftsapparat nicht  
verschrecken und lehnte  
daher mehrheitlich ab, die Generalstreiksforderung an die  
Organisationen zu  
richten, die ihn durchführen hätten können. Diese riefen nicht  
zum Streik,  
sondern höchstens zum Ausstempeln auf.

Dies  
erleichterte es zugleich einer Reihe von Parteien und  
Unternehmen, Greenwashing  
zu betreiben, während der Kampf beim reinen Protest  
stehenbleiben muss. Allein  
in Deutschland erklärten sich 2.800 Unternehmen solidarisch.

Hieraus folgt,

dass die ArbeiterInnen zumeist aus „Nettigkeit“ ihrer Unternehmen an diesem Tag demonstrieren konnten. In Berlin und New York wurde weiten Teilen der öffentlichen Beschäftigten an diesem Tag frei gegeben, was die Größe der Demonstrationen erklärt.

Heute erscheint vielen in der Bewegung dieser klassenübergreifende Charakter der Proteste, der Aktionen und ihrer Ziele als Stärke. In Wirklichkeit besteht darin ihre größte Schwäche.

## **Antikapitalismus**

Deshalb müssen wir uns als AntikapitalistInnen in den Protesten für eine offene Debatte um die Perspektive des Kampfes gegen den Klimawandel einsetzen. Er kann nur erfolgreich sein, wenn er die Eigentumsfrage ins Zentrum rückt. Ohne entschädigungslose Enteignung der großen Konzerne, ohne Kontrolle über Forschung und Wissenschaft durch die ArbeiterInnenklasse und die Masse der Unterdrückten sind effektive Klimaschutzmaßnahmen unmöglich, da diese vor allem eine Veränderung der Produktion, die ökologische Nachhaltigkeit mit der Befriedung der Bedürfnisse der großen Masse der Menschheit verbindet,

erfordern.

Die notwendigen  
Maßnahmen zur Reduktion der Emissionen und zur Umstellung der  
Ökonomie sind  
undenkbar ohne einen international koordinierten Plan,  
sozialistischen Umbau  
der Wirtschaft. Bauen wir daher gemeinsam einen  
revolutionären,  
klassenkämpferischen Pol in der Bewegung auf!

---

# **Extinction Rebellion: Alle Klassen für das Klima?**

*Jan Hektik/Martin Suchanek, Neue Internationale 241, Oktober  
2019*

Extinction Rebellion (XR) ist bekannt als radikaler Teil der  
Umweltbewegung und als enge Bündnispartnerin von Fridays for  
Future. Gerade in  
Großbritannien und den USA steht sie im Fokus der öffentlichen  
Debatte. Doch  
wofür tritt XR ein? Was sind ihre Taktiken? Und was ihre  
Stärken und Schwächen?  
Mit diesen Fragen möchte sich dieser Artikel  
auseinandersetzen.

# Was macht Extinction Rebellion?

XR ist eine auf öffentlichkeitswirksame Aktionen abzielende Bewegung, die vor allem in Großbritannien viele AnhängerInnen und große Protestaktionen organisiert hat. Auch in Deutschland existieren ca. 30 Ortsgruppen, Tendenz rasch steigend. Mittlerweile soll XR bundesweit rund 16.000 Mitglieder haben.

Zunächst einmal muss man positiv hervorheben, dass durch XR viele Jugendliche aktiv auf die Straße gehen und in Konflikt mit dem bürgerlichen Staat treten, gegen den wir letztlich die Rettung unserer Lebensgrundlagen durchsetzen müssen. Weiterhin hat XR es geschafft, zumindest in Großbritannien eine große Öffentlichkeit zu erreichen und so die allgemeine Debatte maßgeblich zu beeinflussen. Dies geschieht vor allem in Aktionen zivilen Ungehorsams wie Straßenblockaden aber auch in künstlerischen Protestformen wie z. B. „Die-Ins“ (sich an öffentlichen Orten massenweise tot stellen). Dort erreichten die Aktionen teilweise eine Größe von 6.000 TeilnehmerInnen, was aber inzwischen auch zu hunderten, wenn nicht tausenden Verhaftungen führte. Laut XR ist es sogar das Ziel, solche zu provozieren, um eine größere Öffentlichkeit zu schaffen. Weiterhin soll gewaltfrei agiert werden, damit die

Öffentlichkeit sich eher mit den Protesten solidarisiert, also „die richtigen Bilder geschaffen werden.“

In Deutschland organisierte XR bislang eine symbolische Blockade der Internationalen Automobilausstellung sowie Aktionen um Fridays for Future und die Kampagne plant vom 7. Oktober an, „Berlin lahmzulegen“, wozu mehrere tausend AktivistInnen erwartet werden.

## Grundforderungen

Bevor wir uns mit den Aktionsformen auseinandersetzen, geben wir zunächst die [drei Grundforderungen](#) von XR auszugsweise wieder:

*„Sagt die Wahrheit!*

*Die Regierung muss die existenzielle Bedrohung der ökologischen Krise offenlegen und den Klimanotstand ausrufen. Alle politischen Entscheidungen, die der Bewältigung der Klimakrise entgegenstehen, werden revidiert. (...)*

*2. Handelt jetzt!*

*Die Regierung muss jetzt handeln, um die vom Menschen verursachten Treibhausgas-Emissionen bis 2025 auf Netto-Null zu senken. (...)*



### 3. Politik neu leben!

*Die Regierung muss eine Bürger:innenversammlung für die notwendigen Maßnahmen gegen die ökologische Katastrophe und für Klimagerechtigkeit einberufen. Darin beraten und entscheiden zufällig ausgewählte Bürger:innen darüber, wie die oben genannten Ziele erreicht werden können. (...) Die Regierung verpflichtet sich, die Beschlüsse der Bürger:innenversammlung umzusetzen.“*

Diese drei Forderungen stellen für XR gemeinsam mit 10 [„Prinzipien und Werten“](#) das inhaltliche Konzept dar.

## **Vertrauen in bürgerliche Politik**

Die Grundforderungen verdeutlichen einen zentralen Widerspruch, der sich durch die ganze Bewegung zieht. Einerseits präsentiert sie sich als radikaler, internationaler und aktionistischer Flügel der Umweltbewegung. Andererseits bleiben die Forderungen sogar weit hinter deren reformistischen oder selbst linken kleinbürgerlichen Teilen zurück. Während z. B. reformistische Parteien, attac oder die verschiedenen NGOs konkrete Forderungen aufstellen, belässt es XR bei einem allgemeinen Aufruf an die Regierung. Diese solle nicht nur „die Wahrheit sagen“ und „endlich handeln“, sie soll darüber hinaus auch selbst festlegen, welche Maßnahmen notwendig sind,

damit die Klimaziele bis 2025 erreicht werden können.

Dieselben Regierungen, die über Jahrzehnte versagt und die Interessen der großen Kapitale bedient haben, sollen wie durch ein Wunder zu „Klimaretterinnen“ mutieren. Und nicht nur das. Sie sollen nicht einmal konkrete Forderungen z. B. nach Besteuerung der Profite der großen Konzerne oder Ausbau des öffentlichen Nachverkehrs umsetzen, sondern selbst entscheiden, wer wie welchen Anteil an den notwendigen Maßnahmen und deren Kosten übernehmen soll. Mit anderen Worten: es wird der bürgerlichen Regierung überlassen zu entscheiden, wie viel UnternehmerInnen oder Lohnabhängige, arm oder reich „beitragen“ müssen. Allenfalls wird unverbindlich angemahnt, dass „die Bedürfnisse der Menschen, die von der ökologischen Krise am stärksten betroffenen sind, (...) Priorität“ haben sollen. Solche Allerweltserklärungen könnten selbst Trump, Merkel und Johnson unterzeichnen – sie verpflichten schließlich zu nichts.

## **Klassen?**

XR gibt sich zwar militant und kämpferisch, offenbart aber ein rühriges Vertrauen in das bestehende politische System. Die Bindung des Staatsapparates und der Regierung an die Interessen des Kapitals kommt erst gar nicht vor. XR strebt

vielmehr eine Bewegung aller Klassen an, wenn aufgerufen wird, sich „der Rebellion für das Überleben anzuschließen, unabhängig von Religion, Herkunft, Klasse, Alter, Sexualität, Geschlecht sowie politischer Neigung.“ (<https://extinctionrebellion.de/wer-wir-sind>)

So richtig es ist, für eine Bewegung unabhängig von Religion, Nationalität, Geschlecht, sexueller Orientierung einzutreten, so problematisch wird es, wenn „politische Neigung“ und „Klasse“ keine Rolle spielen sollen.

Was die „politische Neigung“ betrifft, so ist schon der Begriff problematisch. Ob jemand rassistische oder anti-rassistische, internationalistische oder nationalistische, bürgerliche, kleinbürgerliche oder proletarische politische Positionen vertritt, ist eben keine Frage einer „Neigung“ wie z. B. ob jemand lieber Wasser mit oder ohne Kohlensäure trinkt. Es geht hier darum, welchen politischen, letztlich welchen Klassenstandpunkt eine Person oder gar eine ganze Bewegung einnimmt. So richtig es ist, dass wir für neue Menschen offen sein müssen, so bedarf es auch einer klaren Abgrenzung gegenüber rassistischen und nationalistischen Positionen, so müssen bürgerliche und kleinbürgerliche pro-kapitalistische Positionen offen politisch bekämpft werden. Alles andere läuft nicht auf eine „bunte“ Bewegung hinaus, sondern auf eine Unterordnung der großen Masse der Ausgebeuteten und

Unterdrückten.

## **BürgerInnenversammlung?**

Darüber hinaus lehnen wir auch die Forderung nach BürgerInnenversammlungen ab, deren Mitglieder gar nicht gewählt, sondern per Los, also rein zufällig bestimmt werden sollen. Ein solches Gremium wäre nicht nur leicht von Regierung und bürgerlichen ExpertInnen manipulierbar, es wäre auch undemokratischer als jedes Parlament.

Auch dieses verschleiert zwar, wer die eigentliche Macht in der Gesellschaft ausübt: die EigentümerInnen von Energie-, Autokonzernen und Transportunternehmen, von Banken und Versicherungen, von Medien und IT-Unternehmen, um nur einige wichtige Teile der KapitalistInnenklasse zu nennen. Sie haben kein Interesse daran, einen effektiven Klimaschutz zu schaffen, sobald er ihren Profitinteressen entgegensteht.

Aber zu den Parlamentswahlen treten wenigstens politische Parteien an, die verschiedene Klassenkräfte repräsentieren (können), die die Lohnabhängigen somit als Feld nutzen können, ihr Programm zu vertreten. Selbst das würde bei der Verlosung zur „BürgerInnenversammlung“ völlig entfallen. Statt die Regierung und den Staatsapparat besser zu

kontrollieren, würden diese  
in Wirklichkeit gestärkt werden.

## **Kontrolle und Räte**

Wirklicher Klimaschutz erfordert daher, nicht weitere, gar noch undemokratischere Anbauten am bürgerlichen Staat vorzunehmen, sondern vielmehr den Kampf für klassenspezifische, in den Betrieben, Unternehmen, Stadtteilen und Kommunen verwurzelte Strukturen der Gegenmacht. Diese müssten z. B. kontrollieren, was zu welchem Zweck erforscht wird. Diese müssten die Schwerpunkte für eine nachhaltige Produktion im nationalen wie internationalen Maßstab festlegen. Solche Organe wären Mittel der ArbeiterInnenkontrolle, die vor allem in den großen Energie-, Verkehrs- und Verschmutzungsindustrien, in den Banken usw. eingeführt werden müssten. Sie müssten die Aufstellung eines gesellschaftlichen Plans kontrollieren, der ökologische Ziele und die Bedürfnisse der Mehrheit der ProduzentInnen und KonsumentInnen in den Mittelpunkt stellt.

Solche Kontroll- und Kampforgane würden ihrerseits rasch mit den Machtorganen der Unternehmen wie des Staates zusammenstoßen. Um deren unvermeidlichen Widerstand zu brechen, müssten sie selbst den Schritt von Organen der Gegenmacht zu Organen der ArbeiterInnenmacht, einer sozialistischen

Umgestaltung machen.

## **Anhang: Welche Aktionsform?**

Daher treten wir für massenhafte, kollektive Aktionsformen, die den Kern der verantwortlichen Industrien treffen, ein: Streiks, Besetzungen, Massendemonstrationen. Auch eine Platzbesetzung wie sie XR in London ausgeführt hat, kann sinnvoll sein. Es braucht aber vor allem demokratisch gewählte Organe von ArbeiterInnen, Unterdrückten und Jugendlichen.

In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage der Gewaltfreiheit. Da es hierbei um das Überleben der Menschheit geht, ist eigentlich klar, dass im Notfall leider Gewalt angewendet werden muss – schon allein zur Selbstverteidigung gegen die unvermeidliche Repression durch den Staat oder unternehmensnahe rechte Kräfte. In der Tat wäre die Alternative, weiter zuzulassen, dass Klimakiller unsere Umwelt zerstören, alles andere als gewaltfrei. Sie bedeutet nämlich massenhafte Vertreibung und letztlich die Zerstörung der Lebensgrundlage vieler Millionen Menschen.

Die Frage lautet daher, welche Art von Gewalt und Aktionsform für uns sinnvoll ist. Sicher können „Die-Ins“ kurzzeitig ein medienwirksames

Symbol darstellen. Wirklich unter Druck setzen wird dies aber weder Regierung noch Konzerne. Erst eine massenhafte militante Streikaktion kann das tun. In diesem Sinne sollten die Schulstreiks fortgeführt werden und die Verbindung zu ArbeiterInnen suchen. Die Polizei wird nicht geneigt sein, solche Aktionen mit Samthandschuhen und Humor zu behandeln, aber diese können organisiert und kollektiv verteidigt werden.

---

## **Klimapaket: verweigert**

## **Annahme**

*Jürgen Roth, Infomail 1070, 27. September 2019*

Am 25.9.2019 hat das Bundeskabinett u. a. die Eckpunkte zum Klimaschutzprogramm 2030 beschlossen. Diese waren zuvor, rechtzeitig zum Klimastreik, vom sog. Klimakabinett in der Nacht vom 19. auf den 20. September verabschiedet worden.

## **Koalitionszwist und -konsens im Vorfeld**

Einer der größten Streitpunkte war die Frage, wie man die CO<sub>2</sub>-

Emissionen

mit einem Preis versehen kann. Die SPD war für einen schnellen Preisaufschlag

ab 2020, um das Wort CO<sub>2</sub>-Steuer nicht in den Mund nehmen zu müssen. Der

Wirtschaftsflügel der Union hatte jedoch das Nachdenken über neue Steuern zum

Tabu erklärt. Das CDU-Klimakonzept sah denn auch die Einführung eines

Emissionshandels (CO<sub>2</sub>-Zertifikate) in Bereichen vor, wo dieser noch

nicht gilt: im Verkehrs- und Gebäudesektor.

Der Vorteil aus Unionssicht: Der Handel würde frühestens in 3 Jahren, also nach der nächsten Bundestagswahl 2021, greifen.

Die Zertifikate

würden auch von den großen Öl- und Gasversorgern gehandelt, die die Kosten an

die EndverbraucherInnen weiterreichen. Zudem käme das neue Preisschild aus der

Privatwirtschaft, nicht vom Staat. Weil im Verkehrsbereich seit 1990 überhaupt

kein Kohlendioxid eingespart wurde und die Emissionen bis 2030 um mindestens

40 % sinken sollen, müsste die Anzahl der Zertifikate sehr knapp bemessen

sein und ihr Preis und mit ihm der für Kraftstoffe in die Höhe schnellen.

Deswegen trat die Christenunion für einen Preisdeckel ein. Sollte dieser nicht

genug Wirkung zeigen, wollte die CDU weitere Zertifikate emittieren für die Renaturierung

von Mooren und Aufforstung des Waldes. Pflanzte Bäume und fährt weiter

SUV-Panzer, lautet das Motto dieser Mogelpackung.



Konsens innerhalb der Großen Koalition herrschte beim Ausgeben von Fördermilliarden: erhöhte Kaufprämien für E-Autos, besondere Förderung der Elektromobilität bei der Dienstwagenbesteuerung, Aufstocken des Ladesäulenprogramms, Senkung der Mehrwertsteuer für Bahnfahrkarten, Steuerförderung der Gebäudesanierung, Abgabe auf Inlandsflüge, Nachlässe bei der Stromsteuer bzw. unter bestimmten Umständen Erlass der EEG-Umlage. Auf 40 Milliarden Euro jährlich werden die Kosten dessen geschätzt. Ohne CO<sub>2</sub>-Steuer und/oder Subventionsabbau entsteht allerdings ein Haushaltsproblem. Die Regierung stellt sich vor, die Zusatzkosten aus dem Energie- und Klimafonds zu bestreiten. Dieser speist sich aus Bundeszuschüssen und dem Verkauf von Emissionszertifikaten an Kraftwerke und energieintensive Industrie und beläuft sich auf gerade mal 6 Milliarden!

## **Der Berg kreite – und gebar eine Maus**

Nachdem Deutschland sein angestrebtes Klimaziel für 2020 (40 % Reduktion im Vergleich zum Ausgangsjahr 1990) sicher verfehlen wird, erwarteten viele nun den großen Wurf, um den Rückstand (Ende 2018: erst 30,6 %) aufzuholen. Doch dem staunenden Publikum wurde ein Mini-Päckchen serviert, das den Kurs auf die Pariser Klimaziele nicht einhalten können wird.

Beim strittigsten Thema innerhalb der GroKo, der CO<sub>2</sub>-Bepreisung, haben sich die Koalitionspartnerinnen auf einen Kompromiss geeinigt. Ab 2021 wird ein nationaler Emissionshandel für die Bereiche Verkehr und Gebäude aufgebaut. Zunächst sollen die Zertifikate einen Festpreis erhalten, was einer Steuer gleichkommt und die SPD ihr Gesicht wahren lässt. Der Einstiegspreis liegt bei 10 Euro pro Tonne. Im Europäischen Emissionshandel werden derzeit 26 bezahlt. Bis 2025 soll er schrittweise auf 35 Euro steigen. Ab 2026 wird eine von Jahr zu Jahr geringer ausfallende maximale Emissionsmenge festgelegt. Der Preiskorridor soll sich danach zwischen 36 und 60 Euro bewegen.

Dafür werden die BürgerInnen an anderer Stelle entlastet. Die Pendlerpauschale steigt um 5 Cent/km. Damit würden anfangs nicht nur die Preissteigerungen für Benzin und Diesel überkompensiert, sondern es profitieren zusätzlich am meisten noch die TopverdienerInnen! Aus den Einnahmen soll das Sinken der EEG-Umlage finanziert werden, beginnend mit  $\frac{1}{4}$  Ct./KWh.

Von einem zuvor noch geäußerten Wunsch nach Ausbau der Erneuerbaren ist im Entwurf keine Rede mehr. Im Gegenteil: Die Bundesregierung will einen größeren Mindestabstand von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung (1.000

m) einführen. Das soll auch für den Austausch alter Windräder gelten.

## UN-Klimagipfel

Dieser tagte am 23.9.2019 in New York. Sprechen durften nur PolitikerInnen mit vorweisbaren Klimazielen. Dazu gehörten nicht Australien, Brasilien, Japan und die USA. In diesem Kreis konnte Merkel die beschlossenen Maßnahmen verteidigen und unter den anderen Habenichtsen glänzen, obwohl sie angesichts des Mini-Päckchens nicht angeben konnte, wie viel Emissionseinsparungen es erbringen wird.

Das Kyoto-Protokoll setzte als Ausgangspunkt für die Bemessung der Klimaziele das Jahr 1990. Mit der Deindustrialisierung Ostdeutschlands nach der Wende als Folge des Treuhandschlags gingen die CO<sub>2</sub>-Emissionen um 20 % binnen 10 Jahren zurück. Seither gab es nur einmal einen nennenswerten Rückgang bei der tiefen Rezession 2009. Danach stiegen die Emissionen wieder an. Lediglich 2018 führte ein milder Winter zu einer Abnahme. Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis 2020 um 40 %, bis 2030 um 55 %, bis 2040 um 70 % zu reduzieren. 2050 soll die BRD weitgehend klimaneutral wirtschaften.

# Schluss mit Vertröstungen – aber wie?

Es wundert nicht, dass die Grünen, Umweltverbände, WissenschaftlerInnen und die Klimajugendbewegung das Klimapäckchen als völlig unzureichend bezeichnen. Mehrere Forschungsinstitute, die in „Climate Action Trackers“ zusammengeschlossen sind, rechnen vor, dass sich die Erde im Vergleich zur unmittelbar vorindustriellen Zeit in 16 Jahren um 1,5 °C, bis 2053 um 2 °C und bis Ende des Jahrhunderts um 3,2 °C erwärmt haben wird, falls keine zusätzlichen Maßnahmen zur Reduktion der Treibhausgase ergriffen werden. Kurz vor Beginn des Klimagipfels verbreitete die UN die Nachricht, 66 Länder (darunter auch die BRD), 102 Städte, 10 Regionen und 93 Unternehmen hätten sich bis 2050 zur Klimaneutralität verpflichtet. Ziele in weiter Ferne lassen sich wohlfeil und ungestraft verkünden. Wie diese erreicht werden können, das zeigten sie nicht.

## Kapitalismus, Klima und Wachstum

Das größte Lager unter den KlimaschützerInnen stellen Leute vom Schlag des Grünen-Politikers Cem Özdemir. Sie sehen keine Systemfrage. Ökologie und Ökonomie seien vereinbar. Damit setzen sie das herrschende Wirtschaftssystem mit Wirtschaften schlechthin gleich. Im

Wirtschaftswachstum

können sie keinen prinzipiellen Widerspruch zum Klimaschutz entdecken. Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes bleibt für sie eine Frage des politischen Willens, der sich gegen Partikularinteressen der Kohle- und Autoindustrie durchsetzen muss.

Ihnen gegenüber stehen die WachstumskritikerInnen. So macht die „taz“ die „Wachstumsfallen“ „Massenproduktion und Massenkonsum“ aus, die an ökologische Grenzen stießen. WachstumsfreundInnen wie –gegnerInnen vermengen dabei munter die stoffliche (die produzierten Güter, Gebrauchswerte) mit der finanziellen Ebene. Das Streben der Unternehmen nach Profiten ist für sie das Gleiche wie das Streben der Menschen nach mehr Konsumgütern. Der existierende Wachstumszwang ergibt sich aber nicht aus der unersättlichen „Natur des Menschen“, sondern aus der Eigenart des herrschenden Wirtschaftssystems.

Der „Wille“ zum Wirtschaftswachstum ergibt sich aus dem durch die Konkurrenz auferlegten Zwang dazu. Produktion findet nur statt, wenn sie sich rentiert, die Geschäftsbilanz wächst. Maßgeblicher Wohlstand in diesem kapitalistischen System besteht nicht in den produzierten Gütern, sondern im Wachstum von Kapitalsummen.

# Entkoppeltes „grünes“ Wachstum?

Deren VertreterInnen setzen auf Technologie und Innovationen, die gewährleisten sollen, dass dieser Reichtum sich weiter vermehrt – aber ohne ökologische Konsequenzen. In der Praxis verursacht Klimaschutz jedoch Kosten und diese sind ein Konkurrenznachteil für Unternehmen wie Standorte. Die Umwelt dient den kapitalistischen Unternehmen als kostengünstige Rohstoffquelle und Schadstoffdeponie. Technisch ist der Klimaschutz kein Rätsel, aber er muss auch rentabel gemacht werden. Damit sich Klimaschutz lohnt, versuchen ÖkonomInnen, die oft eine Wirtschaftskrise nicht erkennen, wenn sie vor der Haustür steht, einen CO<sub>2</sub>-Preis festzulegen, der den Ausstoß auf das politisch gesetzte Maß senkt und gleichzeitig Rentabilität und Wirtschaftsleistung steigert, wodurch Deutschland zur Klimatechnologie-Exportnation werden soll. Die Realität besteht also nicht im Kampf „der Menschheit“ um das Klima, sondern im Kampf der Standorte darum, wer die Kosten des Klimaschutzes zu tragen hat und wer die Früchte ernten wird. Diesem Kampf wird meist die Schuld dafür gegeben, dass es mit dem Klimaschutz kaum vorangeht. Doch spiegelt dieses politische Ringen lediglich die ökonomische Konkurrenz um Kosten und Erträge, um Anteile am Kapitalwachstum, das eben nicht alle brauchen.

---

# Millionenfacher Auftakt des globalen Klimastreiks

*Martin Suchanek, Infomail 1069, 22. September 2019*

Die internationale Aktionswoche [#WeekForFuture](#) begann mit einem grandiosen Erfolg. Weltweit gingen schon am 20. September, dem ersten der beiden Tage des Generalstreiks für das Klima, Millionen auf die Straße.

In Australien waren es 300.000 bis 400.000, in Deutschland 1,4 Millionen. Insgesamt lässt sich die Gesamtzahl noch immer schwer abzuschätzen – feststeht aber schon jetzt, dass der Klimastreik alle bisherigen international koordinierten Aktionen zur „Rettung des Planeten“, also der Überlebensbedingungen der Menschheit in den Schatten stellt. Für die gesamte Aktionswoche und beide Streiktage sind Proteste, Demonstrationen und Streiks in mindestens 2.900 Städten in mehr als 160 Staaten geplant.

Allein in Berlin und New York gingen nach Angaben der VeranstalterInnen 270.000 bzw. 250.000 auf die Straße, in London und Hamburg, Sydney und Melbourne 100.000 oder mehr. Auch andere Hauptstädte wie Brüssel waren stark vertreten – und dabei findet der Generalstreik in

den meisten  
Ländern erst am 27. September statt.

Die große Masse der DemonstrantInnen und Streikenden – und hier liegt zweifellos eine Schwäche der Bewegung insgesamt – stammt nach wie vor aus den westlichen imperialistischen Ländern und Metropolen. Zweifellos breitet sie sich auch in den vom Imperialismus beherrschten Ländern aus, aber in denen Afrikas und Asiens sind die Aktionen von Fridays for Future bislang nur in Hunderten und Tausenden, nicht in Zehntausenden oder Millionen zu zählen.

In Kapstadt und Johannesburg wurden laut VeranstalterInnen einige tausend DemonstrantInnen gezählt. Auch in Kampala (Uganda), Nairobi (Kenia) oder in den Ölgebieten Nigerias kam es zu Protesten. In Indien gingen vor allem Studierende auf die Straße. In Pakistan beteiligten sich unsere GenossInnen des „Revolutionary Socialist Movement“ an den Aktionen in Karatschi und Lahore. In Brasilien und anderen Ländern Lateinamerikas ist zwar FFF verglichen mit Europa oder Nordamerika relativ schwach, aber zugleich hat sich um die Bewegungen der Landlosen und LandarbeiterInnen, die Gewerkschaften, die Linke und Indigenen eine riesige Bewegung gegen Bolsonaro und (nicht nur) die Abholzung und Zerstörung des Amazonas gebildet.



Entscheidend wird hinsichtlich des Aufbaus einer wirklich globalen Bewegung nicht so sehr sein, ob sich Fridays for Future ausweitet, sondern ob es vielmehr gelingt, die Massenbewegung von FFF mit anderen, zum Teil weit größeren und radikaleren Bewegungen der landlosen Bauern/Bäuerinnen, der LandarbeiterInnen, von Indigenen oder der BewohnerInnen in den Slums und Armutsvierteln, der Beschäftigten in den Sweatshops der „neuen“ Industrien usw. zu verbinden.

Gerade in diesen Ländern stellt sich die Frage von Umweltschutz und Kampf gegen Konzernwillkür, politische Entrechtung und Ausbeutung durch imperialistisches wie „einheimisches“ Kapital viel unmittelbarer.

## **Soziale Basis von FFF**

Dass Fridays for Future vor allem in den imperialistischen Ländern solchen Zulauf erhält, hängt zuerst auch mit der sozialen Basis der Mobilisierung zusammen. Es handelt sich erstens um einen Protest von SchülerInnen – wenn auch hier in der Regel mit geringer Repräsentanz der aus den ärmsten, am meisten unterdrückten und prekarierten Schichten. Die SchülerInnen aus dem BildungsbürgerInnentum, den lohnabhängigen Mittelschichten

oder der ArbeiterInnenaristokratie prägen (bislang) das Erscheinungsbild wie auch die politisch-ideologische Ausrichtung.

Dass FFF von diesen Schichten dominiert ist, ist als solches nicht weiter verwunderlich – noch stellt es einen Vorwurf dar. Historisch waren es oft kleinbürgerlich zusammengesetzte Schichten (Studierende, die Intelligenz), die gerade aufgrund ihrer gesellschaftlichen Stellung zwischen den Hauptklassen oder des Übergangscharakters ihrer sozialen Existenz auf neue Fragen und reale Probleme rascher reagierten als die Masse der ArbeiterInnenklasse und erst recht ihre verbürgerlichten reformistischen und gewerkschaftlichen Organisationen.

Entscheidend für RevolutionärInnen wie für alle klassenkämpferischen und linken Kräfte wird es jedoch, dass diese eine solche Massenbewegung nicht nur mit aufbauen, sondern auch bewusst politisch intervenieren, um ihr eine klassenpolitische, internationalistische, antiimperialistische und antikapitalistische Ausrichtung zu geben – und den Einfluss der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Ideologien mehr und mehr zurückzudrängen.

Am letzten Freitag trat in etlichen Ländern aber auch ein zweiter Aspekt hervor, der in diese Richtung weiter wirken kann. Greta Thunberg hatte als die globale Galionsfigur von FFF für den September

zum globalen

Generalstreik ausgerufen. In der Realität war der Tag weit von einem

Generalstreik, also einer organisierten, kollektiven Arbeitsniederlegung ganzer Belegschaften entfernt.

Aber der gesellschaftliche Druck, den die Bewegung längst entfaltet hat, und die Tatsache, dass hunderte Millionen, wenn nicht Milliarden

Menschen die „Klimafrage“ wie überhaupt den barbarischen Raubbau an unseren

Lebensgrundlagen als Überlebensfrage begreifen, zwingt die meisten Regierungen

wie auch die Mehrzahl des bürgerlichen Mainstreams dazu, die Legitimität der

Bewegung anzuerkennen. US-DemokratInnen, die deutschen Konservativen, Labour

und Sozialdemokratie bis hin zu den Grünen und Linksparteien – alle versuchen

irgendwie auf der „Klimawelle“ zu reiten. Das schürt zweifellos auch

Illusionen.

Andererseits hat es am 20. September auch der Mobilisierung zugearbeitet. So gab beispielsweise die Stadt New York rund 1.700 öffentlichen

Schulen frei. In Berlin stellte es die Landesregierung den Beschäftigten frei,

sich auch während der Arbeitszeit an der Demonstration zu beteiligen. Das

erklärt zumindest zum Teil, warum in beiden Städten jeweils eine Viertel

Millionen auf die Straße ging und warum wenigstens in Berlin ein großer Teil

der DemonstrantInnen neben SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes waren.

Zugleich offenbart sich selbst hier eine zentrale Schwäche. Die Lohnabhängigen kamen nicht aufgrund einer gemeinsamen Streikaktion, sondern aufgrund des „Entgegenkommens“ ihrer/s BrotgeberIn. Das traf in Deutschland selbst für etliche Unternehmen zu, die aus ökologischen, aber auch aus Werbegründen „ihren“ Beschäftigten frei gaben.

Die Gewerkschaften selbst hatten – wie viele Parteien der ArbeiterInnenbewegung – zwar den globalen Streik wohlwollend begrüßt. Einen direkten Aufruf zur Arbeitsniederlegung, zum globalen politischen Massenstreik gab es hingegen nicht.

Vor allem aber versuchten das die bürokratischen Führungen erst gar nicht. In einigen Ländern wie Deutschland oder Britannien wurden die Einschränkungen des Streikrechts oder gewerkschaftsfeindliche Gesetze vielmehr als willkommene Ausrede und „Entschuldigung“ dafür verwendet, nicht zum Streik aufzurufen.

Diese Politik der Gewerkschaftsführungen und reformistischen Parteien verstärkt selbst die Illusion in eine klassenübergreifende Lösung der Umweltfrage, darin, dass sie nur durch die gemeinsame

Anstrengung „aller Menschen“, also aller Klassen, aller Regierungen zu bewältigen wäre.

Schließlich leisten Gewerkschaften, die nicht direkt zum Streik aufrufen und organisieren, in den Augen vieler AktivistInnen tatsächlich nicht mehr zum Gelingen der Aktion, als „vernünftige“ UnternehmerInnen oder Stadtverwaltungen, die „ihren“ Beschäftigten am Tag frei geben.

## **„Menschheitsproblem“ oder Kapitalismusproblem?**

Das Vorherrschen links-bürgerlicher und kleinbürgerlicher Ideologien drückt sich auch in der Strategie und den Forderungen von FFF aus.

Die Zielsetzung besteht nicht darin, das Kräfteverhältnis zwischen gesellschaftlichen Kräften zu verändern. Vielmehr sollen die Regierenden und alle Klassen der Gesellschaft – Arm und Reich, Kapital und Arbeit – davon zu überzeugen sein, gemeinsam „das Notwendige“ für das Klima zu tun, um die Ziele des Pariser Klimaabkommens zu erreichen und die globale Erwärmung auf unter 1,5 Grad Celsius zu begrenzen.

In einigen Ländern wie Deutschland wurde dieses Ziel zwar noch etwas konkretisiert – im Grunde handelt es sich dabei aber bloß um recht

allgemeine Empfehlungen an „die Politik“, die auch nicht konkreter werden, nur weil sie von tausenden bürgerlichen WissenschaftlerInnen und KlimaforscherInnen abgesegnet wurden.

Diese Illusionsmacherei, dass alle Klassen, alle gesellschaftlichen Gruppen im Kapitalismus das „gleiche“ Interesse haben würden, weil ja alle überleben wollen, erscheint vielen AktivistInnen als Stärke der Bewegung. In Wirklichkeit stellt es deren größte Schwäche dar.

Auch wenn im Kapitalismus konkrete Verbesserungen auch in der Umweltfrage erkämpft werden können, so ist eine ökologisch nachhaltige Produktion einfach unmöglich. In jeder Marktwirtschaft stellt sich immer erst im Nachhinein heraus, welches Produkt überhaupt gesellschaftlich nützlich ist, welches überhaupt ein (zahlungskräftiges) Bedürfnis befriedigt.

Darüber hinaus stellt die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse (und erst recht ökologische Nachhaltigkeit) im Kapitalismus allenfalls ein Mittel dar, um den eigentlichen Zweck der Produktion zu verfolgen – die Produktion für die Mehrheit durch Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft und die Maximierung des Profits.

In einer Krisenperiode erzwingt der Konkurrenzkampf immer

härtere Methoden, um eigene Markteinteile und Gewinne hochzuhalten – auf Kosten von Mensch und Natur. Da die Regierungen aller kapitalistischen Staaten letztlich nicht mehr oder weniger als die politisch geschäftsführenden Ausschüsse der herrschenden Klassen bilden, braucht es nicht weiter zu verwundern, dass der Klimaschutz regelmäßig auf der Strecke bleibt – und zwar nicht nur bei Trump, Bolsonaro oder Putin, sondern auch bei Merkels „Klimakabinett“, oder wenn Macron die französische Nuklearindustrie bedient.

All das sollte hinlänglich deutlich machen, dass es bestenfalls eine naive Illusion ist, alle Klassen, alle gesellschaftlichen Kräfte für den Klimaschutz mit ins Boot holen zu wollen. Im Gegenteil – das bedeutet, selbst nur wertvolle Zeit zu verlieren. Effektiver Klimaschutz ist nur möglich gegen die Interessen der großen Konzerne, der großen Kapitale – nicht durch deren „Überzeugung“.

**FFF und Umweltbewegung müssen antikapitalistisch werden!**

FFF und die Umweltbewegung müssen daher antikapitalistisch und antiimperialistisch werden – und sie müssen die „Klimafrage“ als Klassenfrage begreifen.

Es bedarf dazu konkreter Forderungen, die allesamt immer wieder zur Eigentumsfrage und zu einer demokratischen, planwirtschaftlichen Reorganisation von Wirtschaft und Gesellschaft führen.

Nehmen wir nur die Frage, wer für die Kosten des ökologischen Umbaus der Wirtschaft zahlen soll. Die „klimafreundlichen“ Unternehmen und bürgerlichen Regierungen wollen, dass „marktwirtschaftliche“ Instrumente, Subventionen oder Steuergeschenke für „ökologische“ Multis „Anreize“ zum Umlenken von Investitionen verschaffen. Sie hoffen praktisch, das Kapital davon überzeugen zu können, dass es bei ökologischer Produktion mehr Gewinne zu machen gebe. Wie das Beispiel E-Automobilität zeigt, ist das erstens nicht ökologisch und basiert zweitens auf verschärfter Ausbeutung der Arbeitskraft.

Die „Bepreisung“ der CO<sub>2</sub>-Emission durch Zertifikathandel oder durch Steuern hat, wie die bisherige Erfahrung zeigt, nicht nur eine überaus geringe „Lenkungswirkung“ – sie stellt letztlich die Kosten für die vorgeblich ökologische Umgestaltung genau jenen in Rechnung, die am wenigsten Einfluss auf die Ziele, Zwecke, Produktionsmethoden, ... haben – die Masse der Lohnabhängigen, der Bauern-/Bäuerinnenschaft, den städtischen und ländlichen Armen.



In beiden Fällen sollen die Kosten über erhöhte Preise oder über allgemeine, indirekte Steuern erhoben werden, also über Mechanismen, die die lohnabhängigen und kleinbäuerlichen KonsumentInnen weit überdurchschnittlich treffen.

Dabei könnten Steuererhöhungen durchaus ein Mittel sein, die finanziellen Ressourcen für ökologischen Umbau zu beschaffen – durch die massive Besteuerung von Unternehmensgewinnen und privaten Großvermögen, also indem man die Reichen zur Kasse zwingt. Damit könnten z. B. staatliche Vorhaben zur ökologischen Sanierung im Wohnungsbau, zum Ausbau des öffentlichen Verkehrs, ... – unter Kontrolle von Beschäftigten und NutzerInnen – finanziert werden. Darüber hinaus könnten so die Mittel bereitgestellt werden, um alle Entlassungen aufgrund ökologischer Umstrukturierungen zu verhindern, diese Unternehmen zu enteignen und unter Kontrolle der Beschäftigten umzustrukturieren.

Eine reale Umgestaltung der Wirtschaft wie des gesamten gesellschaftlichen Lebens erfordert natürlich mehr – es erfordert einen Plan zur Erreichung der Klimaziele, der gleichzeitig eine Verbesserung der sozialen Lage gerade der prekären, überausgebeuteten Schichten der ArbeiterInnenklasse und der Massen in der sog. „Dritten Welt“ einschließt. Das ist ohne massive Eingriffe in das Privateigentum, ohne entschädigungslose Enteignung der großen

Kapitale und Vermögen, der Banken, Industriekonzerne, DienstleisterInnen, Transport- und Handelsunternehmen nicht möglich. Zugleich müssen die Schulden der sog. „Dritten Welt“ gestrichen werden und die Grenzen für alle Klima- wie alle anderen Flüchtlinge geöffnet werden.

## **Global Strike – global revolution**

Diese Ziele können nur durchgesetzt werden, wenn die ArbeiterInnenklasse zur führenden Kraft in der Umweltbewegung wird, wenn die Bewegung selbst internationalistisch und antikapitalistisch wird.

Dazu braucht es freilich auch in der Bewegung selbst eine Zusammenarbeit und Koordinierung aller jener Kräfte, die den Kampf für eine lebenswerte Umwelt mit dem gegen das Kapital verbinden, die eine internationale Bewegung der ArbeiterInnen und Bauern/Bäuerinnen aufbauen wollen. Der globale Klimastreik stellt einen wichtigen Schritt in diese Richtung dar – aber es ist einer, der gleichzeitig mit zahlreichen Illusionen z. B. in die „Weltgemeinschaft“ der sog. „Vereinten Nationen“ verbunden ist. Diese Illusionen werden zwar, wie alle Hoffnungen im Handeln „unserer“ Regierungen, täglich unterminiert – aber wir müssen dazu auch aktiv unseren Beitrag leisten.

Ein Aspekt davon bedeutet zweifellos auch, in der ArbeiterInnenbewegung selbst für einen Kurswechsel einzutreten. Vage und unverbindliche „Sympathie“ mit der Umweltbewegung, mit FFF und anderen Initiativen wird nicht reichen. Vor allem die Arbeit der Gewerkschaften selbst muss politischer werden. Es geht nicht nur darum, andere im Kampf um eine lebenswerte Umwelt zu unterstützen, sondern selbst im Betrieb, in Tarifikämpfen, in politischen Auseinandersetzungen um eigene Forderungen aktiv zu werden – und selbst die ökologische Frage, die Frage nach Produktionskontrolle und Enteignung der KlimakillerInnen in den Großkonzernen aufzuwerfen.

Und schließlich geht es darum, an dem enormen fortschrittlichen Moment von FFF, der internationalen Breite der Aktionen anzuknüpfen. Wir treten für die Organisation von Aktionskonferenzen der Umweltbewegung auf nationaler wie internationaler Ebene ein, die allen Strömungen der Bewegung offenstehen müssen. Solche Konferenzen müssten sich dabei zwei zentrale unmittelbare Aufgaben stellen: a) Erarbeitung eines Sofortprogramms zum Klimaschutz im Interesse der globalen ArbeiterInnenklasse und vor allem der vom Imperialismus beherrschten Länder; b) eines Aktionsplans für einen globalen Generalstreik, um die KlimakillerInnen in den Konzernetagen dort zu treffen, wo es weh tut – bei den Profiten.

Eine solche Bewegung würde, gehen die Streiks über einzelne Tage hinaus, zweifellos zu einer mächtigen Herausforderung für zahlreiche Regierungen werden. Sie würde in ganzen Ländern die Machtfrage aufwerfen. Sie müsste sich daher auch darauf vorbereiten, sie zu beantworten, indem die ArbeiterInnenklasse und ihre Verbündeten auf die Notwendigkeit des revolutionären Sturzes des Kapitalismus, die Errichtung von ArbeiterInnenregierungen und einer demokratischen Planwirtschaft vorbereitet werden.

---

## **25.000 gegen IAA und Automobilkonzerne: Wie weiter nach dem politischen Erfolg?**

*Martin Suchanek, Infomail 1068, 16. September 2019*

Die Autoindustrie und die IAA haben Probleme. Am letzten Wochenende kam noch eines dazu. 25.000 beteiligten sich am 14. September an einer Großdemonstration, darunter 18.000 an einer großen Fahrrad-Sternfahrt. Rund 600–1000 Protestierende blockierten an zwei, zeitweilig an drei Eingängen die IAA, wenn auch zum größten Teil „nur“ symbolisch. Politisch ging das Wochenende eindeutig an die Umweltbewegung. Allein die Großdemonstration ließ die VeranstalterInnen der IAA und ihr überholtes „Verkehrskonzept“ alt aussehen.

Die deutsche Autoindustrie redet sich indessen die Welt weiter schön. In einer Presseerklärung dankt sie der Polizei für ihr umsichtiges Handeln. Der Präsident des Verbandes der Automobilindustrie (VDA), Bernhard Mattes, hat sogar die Chuzpe, die IAA als Beitrag zur ökologischen Umgestaltung darzustellen.

## SchönrednerInnen in der Defensive

Zuerst freue er sich, dass die IAA allein am 14. September 60.000 zahlende BesucherInnen zählte, dass die Probefahrten mit den rund 70 neuen Automodellen, Offroad-Parcours und E-Tracks seit Tagen ausgebucht wären. Worin bei stetig steigenden Marktanteilen der spritfessenden SUVs wie auch bei Rekordgewinnen der Konzerne der „Beitrag“ zur ökologischen Nachhaltigkeit besteht, bleibt wohl das Geheimnis der SchönrednerInnen der Autolobby.

Mattes scheint darunter die Beteiligung an der „gesamtgesellschaftlichen Debatte um Klimaschutz und nachhaltiger Mobilität“ zu verstehen. Daran hätte sich die IAA mit einem „offenen Bürgerdialog mit hochrangigen Vertretern der Automobilindustrie, der Politik und Gewerkschaften“ beteiligt, bei dem vor allem die drei Vertreter von Bosch, Daimler und Porsche zu Wort kamen. Selbst der Frankfurter Oberbürgermeister Feldmann

(SPD) sagte seine Teilnahme an der Selbstinszenierung der Industrie ab, nachdem er als Redner eingeladen worden war. Schon die Rede eines harmlosen Reformisten scheint bei der peinlichen Werbeveranstaltung unkalkulierbar, dem „offenen Dialog“ abträglich.

Die Vertreterin von Fridays for Future, die auch als Staffage bei dieser Inszenierung hätte fungieren sollen, sagte sofort ab. Unter tosendem Beifall griff sie dies zynische Manöver der Autoindustrie auf der Abschlusskundgebung am 14. September an.

## **Massendemonstration**

Die Beschwörungsformel der Autolobby, dass Markt, Innovation und „freiwillige“ Vereinbarungen alle Problem lösen würden, entpuppt sich allein schon angesichts von Skandalen, Korruption und SUV-Hype als unfreiwillige Realsatire. Wenn den 25.000 und den Menschen, die die IAA blockierten, eines klar war, so die Tatsache, dass Klimaschutz und Profitinteressen der Großkonzerne nicht miteinander vereinbar sind. Die Mobilisierung gegen die symbolträchtige IAA, diese Hohe Messe des Fetischs Automobil, brachte Massen auf die Straße.

Die Demonstration verdeutlichte – gewissermaßen als Mikrokosmos der aktuellen Lage der Bewegung – deren Stärken und politische Schwächen.

In den letzten Jahren entwickelte sich in Deutschland, aber auch weltweit eine Massenbewegung gegen die drohende Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, eine „Umweltbewegung“. Das zeigen die Aktionen gegen die Braunkohleindustrie am Hambacher Forst und „Ende Gelände“ ebenso wie Fridays for Future und auch dieses Wochenende.

Zweitens können wir davon ausgehen, dass diese Bewegung weiter Bestand haben und wachsen wird.

Dazu trägt allein schon die reale Weigerung der Konzerne bei, jede auch noch so unbedeutende Maßnahme hinzunehmen oder gar umzusetzen, die ihre Profite zu gefährden droht. Und dazu trägt auch bei, dass „die Politik“ der Bundesregierung wie aller bürgerlichen Parteien immer wieder ihre Grenzen an den Profitinteressen der Konzerne findet.

Diese spielen zwar heute das Spiel vom Pseudo-Klimaschutz mit, wohl wissend, dass der reaktionäre Schwachsinn der KlimaleugnerInnen von der AfD zur Zeit nicht mehrheitsfähig ist, dass er nur ein Minderheitenprogramm mehr oder weniger wild gewordener KleinbürgerInnen darstellt. Das kann sich ändern. Zur Zeit jedoch geben sich Kapital und Kabinett „ökologisch“, wohl

darauf hoffend, der Bewegung durch Einbindung der Umweltverbände, der GRÜNEN, durch „Umweltprogramme“, die dem Kapital nicht schaden, den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Diese Pseudoaktivität erkennen zweifellos auch immer mehr AktivistInnen der Bewegung – einschließlich der sog. Umweltverbände und NGOs. Andererseits – und hier kommen wir zu den Schwächen der Bewegung – läuft deren gesamte politische Strategie darauf hinaus, die Industrie und „die Politik“ durch Bewegung und Dialog, durch „Vernunft“ und „Druck von der Straße“ auf eine wirkliche „Umkehr“ zu verpflichten. Das schließt durchaus Verbote und Zwangsmaßnahmen gegen einzelne Kapitalgruppen, Unternehmen oder Produktparten ein – allerdings in Form einer politischen „Wende“, die das Privateigentum an den Produktionsmitteln, Markt und Konkurrenz in Kraft lässt. Am Profit haben die Naturschutzverbände und die GRÜNEN, die die Bewegung politisch dominieren, nichts auszusetzen – er sollte nur „ökologisch sinnvoll“ reinvestiert werden. Die Marktwirtschaft soll nicht nur „sozial“, sondern auch „ökologisch“ reguliert werden.

Hier erhebt sich eine Hauptfrage der gesamten Bewegung und somit ein zentraler Hebel für eine revolutionäre Klassenpolitik: die Eigentumsfrage. Wer die Macht der Konzerne wirklich brechen



will, der muss sie enteignen – entschädigungslos und unter ArbeiterInnenkontrolle. Wer den Konsum der Gesellschaft wirklich nachhaltig verändern will, der muss auch die Produktion umgestalten. Produktion für die Bedürfnisse der Massen und im Sinne ökologischer Nachhaltigkeit erfordert die Enteignung des Kapitals, die Ersetzung einer profitorientierten Marktwirtschaft durch demokratische Planung im Interesse der Mehrheit der Weltbevölkerung.

Diese Fragen drängen sich in der Bewegung durchaus auf – und zwar, wie z. B. die Wohnungsfrage und der bisherige Erfolg der Kampagne „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“ zeigen, durchaus nicht nur im Umweltsektor.

## **Führungsproblem**

Die Grüne Partei, die Führungen der (klein)bürgerlichen Umweltverbände, der NGOs, aber auch von Fridays for Future stehen dieser Perspektive entgegen. Für sie existiert die Eigentumsfrage, die Klassenfrage allenfalls am Rande. „Bestenfalls“ stellt sie für diese Parteien und Organisationen eine Frage der „sozialen Gerechtigkeit“, des „Ausgleichs“, einer angeblich „fairen Verteilung“ dar – ohne das grundlegende gesellschaftliche Klassenverhältnis in Frage stellen zu wollen. Allenfalls soll

das Gewicht der gesellschaftlichen Interessen „sozial“ verschoben werden.

Eine solche Politik, die auch die reformistischen Parteien SPD und Linkspartei sowie die Gewerkschaftsführungen verfolgen, kommt einer Quadratur des Kreises gleich. Sie ist zum Scheitern verurteilt, wie alle „Reformbemühungen“ der letzten Jahrzehnte gezeigt haben. Allenfalls können sie für bestimmte Perioden soziale Verbesserungen für die Ausgebeuteten schaffen. Doch in einer Krisenperiode wie der aktuellen bietet auch das keine dauerhafte Perspektive, sondern allenfalls eine kurzfristige Linderung, die so rasch wie möglich vom Kapital wieder in Frage gestellt wird.

Das bedeutet keineswegs, dass RevolutionärInnen der kleinbürgerlichen oder reformistischen Flickschusterei am Kapitalismus nur abstrakt Enteignung und Revolution entgegenstellen sollen. Eine solche Politik wäre letztlich nicht revolutionär, sondern bloß doktrinär.

Es geht vielmehr darum, den Kampf um unmittelbare Forderungen mit dem gegen das System zu verbinden. Dazu gehört die Forderung nach einem kostenlosen öffentlichen Nahverkehr und dessen Ausbau unter Kontrolle der Beschäftigten und NutzerInnen – finanziert durch die massive Besteuerung der Gewinne und der großen Vermögen. Dazu gehört die Forderung nach

Umstellung der Automobilproduktion unter Kontrolle der Beschäftigten und Gewerkschaften. Dazu gehört der Kampf gegen alle Entlassungen – auch in den „umweltschädigenden“ Industrien, deren fortlaufende Bezahlung zu den bestehenden Löhnen und Gehältern sowie eine etwaige Umschulung für den Einsatz in neuen, umweltschonenden Bereichen ohne Lohnverlust.

## **Und die Gewerkschaften?**

Ein solcher Kampf erfordert freilich, dass die Gewerkschaften (und die gesamte ArbeiterInnenbewegung) selbst verändert werden müssen. Die Spitzen von ver.di und IG Metall unterstützen den globalen Klimastreik am 20. und 27. September zwar verbal und „moralisch“, doch sie weigern sich, offen dazu aufzurufen.

Natürlich stehen einem Klimageneralstreik tarifrechtliche, legale, vor allem aber politische Hürden entgegen. Ein offener Aufruf zum Klimastreik hätte nämlich nicht nur mit Klagen und Drohungen zu kämpfen, er würde vor allem einer Aufkündigung der Sozialpartnerschaft gleichkommen – jedenfalls in den Augen der Unternehmerverbände und der Regierung. Da das die Bürokratie auf keinen Fall riskieren will, haben wir es mit der absurden Situation zu tun, dass die Gewerkschaften zwar den Klimastreik

„gut“ finden –  
aber keinesfalls auch nur in den Geruch kommen wollen, ihn  
praktisch  
durchzuführen. Da aber die DGB-Gewerkschaften die einzigen  
Organisationen sind,  
die einen realen Generalstreik auch durchführen könnten,  
entpuppen sich die  
Beschlüsse der Spitzen als Luftnummern.

Eine tragische Konsequenz dieses politischen Versagen  
besteht darin, dass es so erscheint, als würden wohlwollende  
UnternehmerInnen  
nicht minder zum Gelingen der Mobilisierung am 20. September  
beitragen als die  
ArbeiterInnenbewegung. Bislang haben rund 2.500 Unternehmen  
zur Unterstützung  
von Fridays for Future aufgerufen. Diese Entwicklung  
legitimiert angesichts der  
Passivität der Gewerkschaften unwillkürlich eine  
klassenübergreifende Politik,  
die sich Unterstützung bei Gewerkschaften und  
„umweltorientierten“  
GeschäftsbetreiberInnen sucht. Zweifellos entspricht das auch  
der  
vorherrschenden Ideologie, dem vorherrschenden Bewusstsein  
einer ideell  
weitgehend kleinbürgerlich geprägten Bewegung.

Die Schwäche der Gewerkschaften – wie überhaupt der  
organisierten  
ArbeiterInnenbewegung – zeigte sich leider auch bei den  
Protesten gegen die  
IAA. Gewerkschaftsfahnen waren praktisch nicht zu sehen. Die  
Linkspartei trat  
gerade mit einem kleinen Block am Ende der Demo in

Erscheinung. Überhaupt war die organisierte Linke sehr schwach vertreten. Wir, die Gruppe ArbeiterInnenmacht und REVOLUTION, beteiligten uns mit dem Transparent „Konzerne enteignen!“ an der Aktion und mit mehreren Verkaufsteams. Dabei stieß die Frage der Enteignung auf reges Interesse und Zuspruch. Die Bewegung erweist sich also durchaus als offen für linke, anti-kapitalistische, ja revolutionär-kommunistische Positionen. Sie müssen aber auch verbreitet, bewusst und offen in die Bewegung getragen werden. Zweifellos versuchten das auch einige linke Blöcke (z. B. von Fridays for Future Köln) – aber insgesamt war dieser Teil leider nur schwach vertreten.

## **Extinction Rebellion**

Bei den Blockaden stellten radikalere AktivistInnen sicherlich einen größeren Teil der Anwesenden. Die dominierende Kraft bildete hier „Extinction Rebellion“, das sich als aktivistischer, radikaler Flügel der Bewegung präsentiert und Zulauf erhält. Zweifellos stellt diese Gruppierung verglichen mit dem Lobbyismus der NGOs und Umweltverbände einen Schritt nach links dar, der sie attraktiv macht. Zugleich bezieht sich die Radikalität von Extinction Rebellion aber fast ausschließlich auf die Aktion – Blockaden und andere Formen des „zivilen, gewaltfreien Ungehorsams“. Politisch inhaltlich entpuppt es sich allenfalls als linke Spielart kleinbürgerlichen Populismus. So gipfeln die Forderungen von Extinction Rebellion Deutschland darin, dass die Regierung (!) „den Klimanotstand ausrufen“ und „jetzt handeln“ müsse. Insbesondere müsse sie „eine Bürger:innenversammlung für die

notwendigen Maßnahmen gegen die ökologische Katastrophe und für Klimagerechtigkeit einberufen. Darin beraten und entscheiden zufällig ausgewählte Bürger:innen darüber, wie die oben genannten Ziele erreicht werden können. Sie werden dabei von Expert:innen unterstützt. Durch die zufällige Auswahl der Bürger:innen werden alle gesellschaftlichen Gruppen eingebunden.“

(<https://extinctionrebellion.de/wer-wir-sind/unsere-forderungen>)

Angesichts der drohenden Katastrophe gibt es für Extinction Rebellion nur noch BürgerInnen, keine Klassen, keine einander entgegengesetzte Interessen, Ziele, Strategien und Programme. Diese Unterschiede müssten vielmehr in den Hindergrund treten. Was sich als „radikale“ Alternative zum Parlamentarismus präsentiert, stellt sogar noch einen Schritt hinter die bürgerliche Demokratie dar, wo die „RepräsentantInnen“ der „BürgerInnen“ wenigstens per Wahl und nicht durch Zufall (Los) bestimmt werden. Hier offenbaren sich die reaktionären Implikationen eines kleinbürgerlichen Radikalismus, der vom Klassencharakter der Gesellschaft nichts mehr wissen will bzw. nie wissen wollte.

## **Umweltfrage ist Klassenfrage**

RevolutionärInnen müssen daher nicht nur die Politik der GRÜNEN,

der Umweltverbände und NGOs, von SPD, Linkspartei und Gewerkschaften kritisieren, sondern auch den keineswegs so radikalen Flügel der Bewegung und dessen kleinbürgerliche Ideologie.

Das erfordert:

1. Die Unterstützung der Bewegung, die Mobilisierung für und Beteiligung an den Aktionen. Wir rufen zur Unterstützung der Demos am 20.

September, aber auch zu Blockaden wie am 15. September in Frankfurt auf.

2. Entscheidend geht es darum, das Gewicht der ArbeiterInnenklasse ins Spiel zu bringen. Die Politik der Gewerkschaftsführungen und der ReformistInnen stellt dabei das zentrale Hindernis dar. Das andere

bilden aber auch die realen kleinbürgerlichen Vorurteile und die nicht minder reale

Ignoranz von Teilen der Umweltbewegung gegenüber den Existenzängsten von Lohnabhängigen.

Auch daraus erklärt sich die geringe Repräsentanz der Kernschichten der ArbeiterInnenklasse wie auch deren unterdrücktester Teile –

MigrantInnen, prekärer Beschäftigten – in der Bewegung. Der Appell, das eigene

„Konsumverhalten“ zu überdenken und ändern, kann Menschen, deren

Konsummöglichkeiten ohnedies jährlich mehr und mehr durch

Teuerung und  
Einkommensverlust beschnitten werden, nur wie Hohn vorkommen.  
Die Forderung  
nach einem pauschalen „Wachstumsstopp“ wird vielen Menschen  
in den vom Imperialismus dominierten Ländern  
des Südens oder auch Osteuropas, die an Deindustrialisierung  
oder extrem  
einseitiger, selektiver Entwicklung leiden, nur als arrogante  
Vorstellung von  
Öko-KolonialistInnen erscheinen. Und das zu Recht.

Die einzige Lösung besteht auch hier in der Eigentums- und  
Systemfrage und drückt sich in Forderungen wie den folgenden  
aus: Enteignung  
der imperialistischen Konzerne und InvestorInnen, nach  
sofortiger Streichung  
der Auslandsschulden, nach einem Investitionsplan unter  
ArbeiterInnenkontrolle  
gemäß der Entwicklungsbedürfnisse der Massen und ökologischer  
Nachhaltigkeit.

Die Umweltkatastrophe wird nicht einfach von „den“ Menschen  
verhindert werden. Die Interessen der herrschenden Klasse sind  
auf Gedeih und  
Verderb mit der Aufrechterhaltung eines Systems verbunden, wo  
der Zweck der  
Produktion in der Aneignung der Arbeit und an der Ausnutzung  
Natur zur  
Profitmaximierung besteht. Daher nutzen die Appelle an die  
„Vernunft“ und  
Einsicht der Herrschenden und ihrer Regierung regelmäßig –  
nichts! Sie offenbaren  
allenfalls eine naive, geradezu rührselige Hoffnung in die  
bürgerliche  
Regierung.



Die ökologische Katastrophe kann nur verhindert werden, wenn jene Milliarden Menschen, die weltweit täglich den Reichtum der Gesellschaft hervorbringen, produzieren und ausgebeutet werden, selbst ihr Schicksal in die eigene Hand nehmen. Doch das ist nur möglich im Kampf gegen die Klassenherrschaft des Kapitals und seine Zuspitzung zum revolutionären Sturz der bestehenden Verhältnisse.

So richtig und wichtig Demonstration, Blockaden, Platzbesetzungen auch sind – verglichen mit politischen Massenstreiks der ArbeiterInnenklasse sind dies letztlich nur vorbereitende, weitgehend symbolische Aktionsformen. Damit der Generalstreik gegen die Klimakatastrophe wirksam wird, muss die ArbeiterInnenklasse zur zentralen Kraft der Bewegung werden. Dies bedeutet jedoch keineswegs nur, ja nicht einmal in erster Linie eine Veränderung der Aktionsform – es bedeutet vor allem eine Änderung des eigentlichen Ziels: die Enteignung des Kapitals und die Errichtung einer globalen, demokratischen Planwirtschaft. Nur so kann „system change not climate change“ Wirklichkeit werden.

---

# **Fridays for Future: Wie können wir gewinnen?**

*Lars Keller, Neue Internationale 240, September 2019*

Nach etwa neun Monaten Fridays for Future in Deutschland sind wir nicht mehr wegzudenken! Trotz allen Gelabers, dass das mit der Energiewende „den Profis“ überlassen werden sollte, trotz diverser Drohungen von Schulleitungen und Kultusministerien, trotz aller blöden Kommentare, die wir uns anhören müssen, bloß weil man ein „total Strom fressendes Smartphone“ nutzt!

## **Internationaler Klimastreik**

Zu den großen internationalen Klimastreiks am 15. März und am 24. Mai gingen mehr als eine Million Jugendliche auf die Straßen. In Aachen waren wir am 21. Juni beim ersten zentralen europäischen Klimastreik rund 40.000 – ein großer Erfolg. Einen Tag später trugen wir unseren Protest direkt vor die Haustür des Rheinischen Braunkohlreviers – der größten CO2-Schleuder Europas. Es gab sogar schon Streiks, die über den wöchentlichen Freitagstermin hinausgingen und einige Tage andauerten!

Aus der Bundespolitik erreicht uns angesichts der Mobilisierungserfolge von Fridays for Future nicht nur Kritik – von DIE LINKE über Grüne und sogar bis hin zur CSU erreichen uns Komplimente von BerufspolitikerInnen für unser „tolles Engagement“ und „Interesse an Politik“.

Aber dieses ganze Geschwätz bringt uns nichts für unsere Zukunft. Das erkennen viele. Immerhin ist die Untätigkeit dieser parlamentarischen SchwätzerInnen überhaupt erst der Grund, warum wir zu Tausenden auf die Straße gehen!

Diese Untätigkeit trifft auf alle Parteien im Bundestag zu. Die AfD macht es sich am einfachsten und leugnet den menschlichen Einfluss auf das Klima. Aber auch die anderen kommen nicht gut weg: DIE LINKE und SPD haben in Brandenburg dem Ausbau des Tagebaus Welzow zugestimmt, die Grünen die Abholzung des Hambacher Forstes abgesegnet und das unsinnige Stuttgart 21 schließlich akzeptiert. CDU und FDP haben erst den Ausstieg aus der Atomkraft zurückgenommen, um dann nach dem Unfall von Fukushima das Ganze doch wieder umzudrehen – mit fetten Entschädigungen für die Konzerne. Außerdem beteiligten sich Grüne, SPD, CDU und FDP an dem faulen Kohlekompromiss (Ausstieg aus der Braunkohleverstromung erst 2038) – genauso Greenpeace und BUND.

# Was brauchen wir jetzt?

Viele in Fridays for Future stellen sich die Frage, wie die Bewegung vorankommen und siegen kann – so auch wir. Doch was wollen wir überhaupt erreichen? Bundesweit tritt Fridays for Future für die Einhaltung des 1,5-Grad-Zieles, Ausstieg aus der Kohle bis 2030 sowie eine CO<sub>2</sub>-Nettonull bis 2035 ein. Einige lokale Gruppen wie z. B. Frankfurt am Main gehen bereits darüber hinaus und fordern die Gemeinden und Kommunen zum konkreteren Handeln auf. Es zeigt sich: Viele von uns geben sich nicht mit den wenigen bundesweiten Punkten von FFF zufrieden und treiben den Kampf auf lokaler Ebene weiter.

Weit verbreitet ist dabei das Mittel des „Klimanotstandes“. Derzeit läuft eine Petition, diesen bundesweit durchzusetzen. Ziel ist, Kommunen dazu zu verpflichten, aktiv gegen den Klimawandel vorzugehen. Wir finden, dass dies zwar eine nette Geste sein kann, aber auch leicht zur bloßen Symbolpolitik zu verkommen droht.

In Wirklichkeit müssen wir weitergehen, um das Übel an der Wurzel zu packen. Wenn Konzerne trotz aller Mahnungen nicht bereit sind, aus der Braunkohleverstromung auszusteigen, Banken weiter in Klimakiller investieren oder Industrien weiter auf Verbrennungsmotoren setzen, dann

müssen wir die  
Frage stellen, wer eigentlich bestimmt, was für wen produziert  
wird und zu  
welchem Zweck?

Wenn für die Reichen der Profit über dem Klima steht, dann  
müssen wir dafür sorgen, dass ökologische Nachhaltigkeit und  
die Interessen der  
Lohnabhängigen Vorrang erhalten! Nur so kann eine ökologische  
Umstrukturierung  
der Gesellschaft erfolgen: Die ProfiteurInnen müssen zur Kasse  
gebeten werden,  
das Kapital muss unter ArbeiterInnenkontrolle enteignet  
werden. Nur so kann  
eine schnellstmögliche Energie- und Verkehrswende planmäßig  
und unter Kontrolle  
der lohnabhängigen Bevölkerung erfolgen – finanziert aus den  
Profiten und  
Vermögen der Reichen.

## **Demokratie und Aktivismus**

Das sehen leider viele AktivistInnen in unserer Bewegung  
nicht so. Anfang August fand in Dortmund der Sommerkongress  
von FFF Deutschland  
statt. Wir haben dort als Teil der antikapitalistischen  
Plattform Changes for  
Future (CFF) teilgenommen. Ziel war es, mit dem  
individualisierten  
Streikverständnis zu brechen und mit klaren Forderungen den  
Gewerkschaften  
gegenüber aufzutreten und für den politischen Generalstreik zu  
kämpfen. Hierfür

braucht es auch Forderungen, die nicht nur an die Politik appellieren, sondern eine Perspektive zur Umorganisation der Produktion in Deutschland und global formulieren. Doch der Kongress glich einem Großevent und keinem Raum für Entscheidungen.

Wir denken, dass eine lebendige, breite Diskussion um die politische Ausrichtung der Bewegung entscheidend für die Entwicklung von Fridays for Future ist. So kann die Bewegung an der Basis verbreitert werden, sich gegen politische Angriffe rüsten und für Diskussionen mit ArbeiterInnen und Gewerkschaften aufstellen.

Um's konkret zu machen: Wir sind dafür, dass Debatten und Abstimmungen nicht bloß auf Ortsgruppen oder Plena beschränkt sind – wenn sie dort überhaupt stattfinden -, sondern bereits auf den Kundgebungen und Demos oder unmittelbar danach in Versammlungen stattfinden.

Auch braucht es bei der gegenwärtigen Bewegungsdynamik regelmäßige bundesweite Konferenzen, die für alle SchülerInnen unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern bezahlbar sind.

Wir müssen uns auch überlegen, wie wir auf vermehrte Drohungen über Bußgelder und Strafen von Schulleitungen und Kultusministerien antworten wollen. Auch hier liegt für uns die Lösung in einer

möglichst breiten

Verankerung der Bewegung auch in den Schulen selbst.  
Streikkomitees an Schulen

können vor Ort Aktionen gegen Angriffe von DirektorInnen durchführen.

## **Illusionen**

Hierfür braucht es einen Bruch in der Bewegung mit der Illusion, dass die Klimafrage alle gleich angeht und mensch die KritikerInnen

nur noch überzeugen muss. Wir brauchen keine Bitten mehr, wir brauchen den

geeinten Widerstand gegen jeden Versuch, die Bewegung und ihre AktivistInnen

einzuschüchtern!

Kurz gesagt: Wenn sich 10.000 statt 500 lokal an Fridays for Future beteiligen, gibt's auch mehr Leute, die was machen, diskutieren und

vorantreiben wollen. Eben das muss sich in der Führung einer Bewegung widerspiegeln

und kann auch nicht durch WhatsApp und Telegram ersetzt werden.

Schlussendlich sind die Formdebatten, die wir in FFF regelmäßig erleben, jedoch nur Ausdruck der politischen Stagnation der

Bewegung. Sie nimmt sich die politischen Möglichkeiten und stellt sich hinter

die Erkenntnisse einer scheinbar über den Klassen stehenden Wissenschaft, der

die bürgerliche Politik nur zu folgen hätte. Das verkennt aber, warum die Regierungen dieser Welt weiterhin eine Politik an den Tag legen, die unsere natürliche Lebensgrundlage systematisch unterhöhlt. Dies liegt nicht an der fehlenden Erkenntnis, sondern am Gegensatz umweltschonender Produktion zum Gewinnstreben des Kapitalismus. Hierzu brauchen wir offene Debatten über das Programm der Bewegung. Dies ist die Schlüsselfrage der weiteren Existenz von Fridays for Future. Für uns ist dies die Verbindung der Klima- mit der Eigentumsfrage.

## **Globaler Klimastreik – aber wie?**

Der nächste große Mobilisierungsschwerpunkt für Fridays for Future ist der Globale Klimastreik am 20. und 27. September. Das bietet aus unserer Sicht gleich drei große Möglichkeiten für die Bewegung:

Erstens, weil der Klimawandel ein globales Phänomen ist und daher nicht in einem Land isoliert bekämpft werden kann.

Zweitens ist er aber nicht bloß ein weltweites Problem, er hängt auch unmittelbar mit Rassismus und Imperialismus zusammen. Warum ist das so? Nun, wenn zum Beispiel Menschen aus der Subsahara wegen Dürre fliehen



müssen und dann auf die Festung Europa treffen, dann ist das Rassismus. Wenn umgekehrt reiche Länder – wir würden sagen imperialistische Länder – Produktionen in arme Länder (Halbkolonien) auslagern, Müll dorthin exportieren, Raubbau an den dortigen Ressourcen betreiben, dann verschärft das wiederum umgekehrt die dortigen schlechten Lebensverhältnisse.

Deshalb müssen wir den Kampf gegen die Klimakatastrophe mit einem Kampf gegen Rassismus und Imperialismus verbinden und ganz klar sagen: Grenzen auf! Klimawandel ist eine Fluchtursache! Zwangsläufig muss auch dieser ein internationaler sein, z. B. für bessere Lebensverhältnisse und gegen Überausbeutung in der halbkolonialen Welt.

Auch hierbei stehen uns wieder jene Konzerne entgegen, die von der Überausbeutung profitieren – auch hier sagen wir: Enteignung der Konzerne, Kontrolle der ArbeiterInnen über die Produktion und weltweiter, demokratischer Plan zur ökonomischen Entwicklung dieser Länder in Verbindung mit einem Notprogramm gegen die ökologische Katastrophe.

Drittens ist der Aufruf zum globalen Klimastreik ein Aufruf zu einem Generalstreik. Der umfasst nicht bloß SchülerInnen, sondern vor allem auch die, die all den Reichtum der Gesellschaft produzieren: die ArbeiterInnen.

# Wie die ArbeiterInnen mobilisieren?

Nun stellt sich die Frage, wie können wir ArbeiterInnen und ihre Organisationen für den globalen Streik gewinnen? Ein erster wichtiger Schritt hier in Deutschland war und ist ein Aufruf linker GewerkschafterInnen, den Streik zu unterstützen. Wir sollten ihn möglichst weit zu streuen versuchen. Aber das allein wird nicht reichen. In Deutschland sind politische Streiks zwar nicht illegal, aber sie genießen nicht den Schutz, den Streikende in Tarifverträgen haben. Die Führungen der Gewerkschaften wollen gegen die Situation praktisch nicht ankämpfen und versuchen im Gegenteil, die ArbeiterInnen vom politischen Streik abzuhalten.

Hinzu kommt, dass einige ArbeiterInnen uns feindlich oder skeptisch gegenüberstehen. Gerade die im Energiesektor oder in der Automobilbranche fragen natürlich: Wie behalte ich bei der Energiewende mein Einkommen oder meinen Job? Da bringt's uns nix, einfach zu rufen: „Es gibt kein Recht auf Kohlebagger fahren!“. Wir müssen uns im Gegenteil darüber klar werden, dass der schnellstmögliche Ausstieg aus der Braunkohle (und jede ökologische Umstellung der Produktion) nur durch die ArbeiterInnen passieren kann, wir SchülerInnen dafür leider nicht über die Macht verfügen, aber auch

nicht über das zur Umgestaltung der Produktion nötige Wissen der Lohnabhängigen.

Deswegen: Warum nicht mal eine Freitagskundgebung vor einem Braunkohlemeiler, einer Autofabrik oder einem Busdepot machen und die Diskussion suchen? Dabei müssen wir klar machen, dass wir die Bosse für die Energiewende zahlen lassen wollen und eine von den Beschäftigten selbst bestimmte Umstrukturierung der Produktion stattfinden soll. Oder warum nicht mal zu den Gewerkschaften gehen und sie auffordern, den Klimastreik einfach zu unterstützen und auf das eingeschränkte Streikrecht zu scheißen? Es gibt hierbei keine Garantie auf Erfolg, aber wir glauben, dass für FFFs eigene Zukunft als Bewegung entscheidend sein wird, von der SchülerInnenbewegung zu einer Bewegung der Arbeitenden und Jugendlichen global zu werden. Also müssen wir zumindest probieren, die offensten, radikalsten, jugendlichsten Teile der ArbeiterInnen zu gewinnen. Dass das möglich ist, beweisen die bereits jetzt schon vorhandenen Azubis und ArbeiterInnen, die sich solidarisch mit der Bewegung zeigen.

**Gewerkschaften zum Kampf treiben!**

Die Gewerkschaftsführungen möchten diesen Kurs offensichtlich nicht zuspitzen. Dazu muss der Druck erhöht werden. Die SchülerInnen sollten sich dazu vor allem mit klassenkämpferischen KollegInnen verbinden. Dabei können wir daran anknüpfen, dass sich die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di beispielsweise mit FFF und dem 20.9. solidarisiert. Ihr Bundesvorstand ruft jedoch gleichzeitig dazu auf, „sich am 20. September – außerhalb (!) der Arbeitszeit – an den Aktionen der Fridays for Future zu beteiligen“ (ver.di-Bundesvorstand vom 26. August).

Der Beschluss von weiten Teilen von FFF, die Bezeichnung Generalstreik durch Klimastreik zu ersetzen, deckt diese Politik stillschweigend.

Für uns zeigt dies zweierlei auf. Zum einen ist die Notwendigkeit, aber auch das Potential, die Kämpfe gegen die Umstrukturierung des deutschen Kapitals (Stichwort E-Mobilität) mit jenen für das Klima zu verbinden, größer geworden. Das erkennen auch die Führungen der Bewegungen und die kämpfenden Teile ihrer Basis. Jedoch zeigt es andererseits auf, dass wir hier kein blindes Vertrauen in die Politik ebenjener Führung hegen dürfen, sondern wir uns an der Basis organisieren, Aktionsprogramme diskutieren, zu Versammlungen in den Betrieben und in den Schulen mobilisieren und letztendlich um die Führung des Widerstands kämpfen müssen. Dafür treten

wir in Changes for

Future ein, aber auch in der Gewerkschaftslinken wie bei der „Strategiekonferenz 2020“.

- Organisiert Streikversammlungen in der „Week 4 Climate“ an Schule, Uni und Betrieb!
  
  - Lasst uns gemeinsam am 20. September streiken! Keine faulen Kompromisse – ob in der Gewerkschaftsführung oder in FFF! Baut eine klassenkämpferische, antibürokratische Basisopposition auf!
  
  - Uns helfen keine „Klimanotstände“! Für ein Sofortprogramm zur Umstellung von Produktion und Verkehrssystem gemäß den Bedürfnissen der Arbeitenden und ökologischer Nachhaltigkeit!
  
  - Für die Enteignung der Produktion aller klimaschädlichen Konzerne unter ArbeiterInnenkontrolle! Gegen die Umweltkatastrophe hilft nur die globale Planwirtschaft!
  
  - Für einen globalen Plan zur Bewältigung der Klimakrise, erstellt durch die Organisationen und Parteien der ArbeiterInnenbewegung, der armen Bauern/Bäuerinnen und wissenschaftlichen ExpertInnen, die das Vertrauen der Bewegungen genießen!
-

# Verkehrswende und Umweltbewegung – Proteste gegen Internationale Automobilausstellung

*Lars Keller, Neue Internationale 240, September 2019*

Verschiedene Parteien und Organisationen haben dazu aufgerufen, am 13.–15. September 2019 gegen die Internationale Automobilausstellung (IAA) in Frankfurt am Main auf die Straße zu gehen. Geplant sind eine Großdemo mit Sternfahrt sowie Blockaden rund um das Messegelände.

Aufrufe zum Protest kommen von Greenpeace, BUND, attac, von den Grünen und ihrer Parteijugend sowie aus dem linken (DIE LINKE, DiEM 25, Linksjugend [‘solid]) bis linksradikalen Spektrum (Ende Gelände, ISO). Nicht auf der UnterstützerInnenliste – weder der Demo noch der Blockaden – stehen die Gewerkschaften, SPD und auch Fridays for Future. Demgegenüber rufen Change for Future und Extinction Rebellion zur Blockade auf.

Die Proteste gegen die IAA zeugen von einem erhöhten Aktivismus und einer Verbreiterung der Umweltbewegung. Sie deuten an, dass die Lösung der Umweltkrise alle Lebensbereiche, auch die Mobilität, umfassen muss.

Die Kritik am Automobil beschränkt sich nicht bloß auf die Luftverpestung und den Anteil des motorisierten Individualverkehrs an der menschengemachten Erderwärmung, sondern richtet sich auch gegen das Verstopfen der Städte mit Blech auf Rädern und die Ineffizienz des aktuellen Verkehrskonzeptes.

## **Autoindustrie in der Krise**

Auf der anderen Seite der Barrikade steht im Falle der IAA vor allem die deutsche Autoindustrie. Sie ist die Veranstalterin der Messe. Die Branche selbst steckt in der Krise: Abgasskandal, Handelskrieg und eine drohende Rezession, die die ohnehin schon zugespitzte internationale Konkurrenz noch weiter treiben wird, sind die Herausforderungen, denen sich das Autokapital gegenüber sieht.

VW, BMW und Daimler konzentrieren sich zunehmend auf einkommensstärkere Schichten – ArbeiterInnenaristokratie, Mittelschichten, Mittelstand und BürgerInnentum. Vor allem der schwere, Sprit fressende SUV boomt: Er verzeichnet 30 % der Neuzulassungen 2019, vor zwei Jahren war es noch die Hälfte. Die Konzentration auf die Produktion immer fetterer Karren hat ihren Ursprung in dem Zwang, die Profitrate zu steigern. Die Autoindustrie ist geprägt davon, eine immer höhere Produktivität

(Automatisierung, Produktionsgeschwindigkeit) für immer schwerere Wagen zu erzielen.

Das Problem dabei ist, dass dadurch langfristig immer weniger menschliche Arbeitszeit in den einzelnen Autos steckt. Die menschliche Arbeitskraft ist aber die Quelle des Mehrwerts und damit des Profits. Auf den Massenmärkten ist die Konkurrenz erdrückend, während die Einkommen der möglichen KäuferInnen wenig wachsen oder gar stagnieren. Entgegengewirkt wird deshalb mit der Produktion von Autos, die auf zahlungsfähigere Schichten und damit auch (noch) expandierende Märkte zugeschnitten sind.

Gerade weil in Deutschland und anderen Ländern die Neuzulassungszahlen tendenziell rückläufig sind, ist die Autoindustrie versucht, aus den einzelnen abgesetzten Autos mehr Profit zu generieren. So erklärt sich auch der Fokus auf das Elektroauto – selbst ein Beschleuniger der Emissionen der Autoindustrie – als angepriesene „Lösung“ der Umweltproblematik. Da die zulässigen Emissionen der Hersteller über den Flottenverbrauch geregelt sind, begünstigt das E-Auto derzeit die dicken Verbrenner.

Aufgrund der Struktur des Kapitalismus kann die Autoindustrie nicht anders handeln, als die Welt weiter mit Autos zu bewerfen, wenn sie international in der Konkurrenz bestehen will. Diese



findet ihren politischen Ausdruck in der Politik der deutschen Regierungen. Sie sind durch die Kapitalmacht die willigen Dienerinnen der deutschen Autolobby.

## Perspektive

Das Bündnis [„Sand im Getriebe“](#) schreibt im Aufruf: *„Alle haben erkannt, dass die drohende Klimakatastrophe nur noch durch **sofortige, radikale Maßnahmen** abgewendet werden kann. Doch für die Autoindustrie? Gilt weiterhin rücksichtsloser Profit als Maxime. Längst ist sie damit zu einem der gefährlichsten Geisterfahrer auf dem Weg in die klimagerechte Zukunft geworden.“*

Es entsteht hier der Anschein, als müsse die Autoindustrie einfach mal die Richtung ändern. Natürlich ist rücksichtsloser Profit die Maxime der Autoindustrie – weil die Konkurrenz sie dazu zwingt. Auch stellt sich die Frage, was genau radikale Maßnahmen sind. Die Blockade der IAA ist sicher eine kämpferische Aktion, die als Symbol dienen kann. Die Macht der Autoindustrie ist damit aber nicht infrage gestellt.

Weiter heißt es: *„**Unser Ziel sind autofreie Städte, mehr Platz für Fuß- und Radverkehr sowie ein massiv ausgebauter und kostenloser Nahverkehr.** Der politische Stillstand zwingt uns, die Verkehrswende selbst in die Hand zu*

nehmen.“

Ersatz des privaten PKW-Verkehrs durch kostenlosen ÖPNV – dieses Ziel teilen wir. Die Verkehrswende selbst in die Hand zu nehmen, bedeutet aber, nicht bloß hier und da einen Fahrradvolksentscheid durchzuführen oder Kreuzungen zu blockieren. Es bedeutet vielmehr, die direkte Kontrolle über die *Produktion* des Verkehrs zu gewinnen – und hier kommen wir zur Eigentumsfrage.

## **Entmachten? Enteignen!**

Viele der radikalen Gruppierungen in der Umweltbewegung treten durchaus für eine Enteignung der Automobilindustrie ein. Trotzdem spricht „Sand im Getriebe“ eher diffus von „entmachten“. Das wirft natürlich die Frage auf: Worauf gründet sich die Macht von VW, Daimler und BMW? Wenn jetzt die Autolobby die Macht hat, wer übernimmt sie dann bei ihrer Entmachtung?

Die Konzerne haben eine enorme gesellschaftliche Macht, weil sie die Produktion kontrollieren können. Das wiederum gründet sich auf ihr Eigentum an den Produktionsmitteln. Die Entmachtung der Autoindustrie heißt also, selbige zu enteignen.

Viele im linken Spektrum teilen dies, manche tragen es auch in die Öffentlichkeit. Doch wie soll die Enteignung aussehen? Wenn der Staat BMW enteignet, kann er sich als Besitzer genauso kapitalistisch verhalten (VW bspw. befindet sich zu guten Teilen in der Hand von Niedersachsen). Es braucht also die Kontrolle über die Produktion. Die aber können nur die ausüben, die produzieren – also die ArbeiterInnen. Sie können sie demokratisch planen und über die Umsetzung der Verkehrswende zusammen mit PendlerInnen, Stadtteilinitiativen usw. entscheiden und Gleisanlagen, Radwege bauen und das überhaupt erst gegen den (bürgerlichen) Staat und die Konzerne durchsetzen.

Wir sind sicher weit davon entfernt, eine breite Masse gerade der Arbeitenden für die Perspektive der Enteignung zu mobilisieren. Teile der Linken in der Umweltbewegung stellen daher die Forderung der Enteignung zurück, auch um es sich nicht mit dem bürgerlichen Teil (NGOs, Grünen) zu verscherzen. So verbleibt aber die Umweltbewegung unterm Strich auch im bürgerlichen Rahmen. Die Forderung der Enteignung und der ArbeiterInnenkontrolle über die Produktion wird aber niemals einer breiteren Masse zugänglich werden, wenn die, die sich heute über deren Notwendigkeit klar sind, das in der Umweltbewegung verschweigen.

So besteht dann auch unsere Perspektive darin, die Forderung nach Enteignung und ArbeiterInnenkontrolle über Autoindustrie

und den gesamten  
Verkehrssektor in die Bewegung zu tragen und zu diskutieren.  
Vor allem Kräfte  
wie Fridays for Future, insbesondere Change for Future sowie  
linke  
GewerkschafterInnen laden wir dazu ein!